Basel, den 27. Februar 1943 - 43. Jahrgang - Nr. 9

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel

Erscheint wöchentlich - Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Unsere Bank im Jahre 1942

Stellungnahme der Bankleitung zu einer Reihe wichtiger Tages- und Zukunftsprobleme

Die Lektüre des Jahresberichtes der Genossenschaftlichen Zentralbank führt vor allem zu zwei sehr erfreulichen Feststellungen: Hier wird zum Wohle des Ganzen gearbeitet und — das zentrale genossenschaftliche Bankinstitut hat von neuem mit Erfolg seine Tätigkeit ausgedehnt. Dienst am Ganzen — damit ist auch unsere Bank eingereiht in die allgemeine genossenschaftliche Aufgabe dieser Tage wie ganz besonders auch der kommenden Jahre. Denn diese werden uns mit Problemen belasten, die nur in nüchterner Erkenntnis der Tatsachen und im Geiste der verantwortungsvollen Zusammenarbeit im Blick auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit bewältigt werden können. Die Haltung der Bankleitung zu diesen Aufgaben ist in einer Zeit, in der die Spannungen wieder zunehmen, in der man die unter dem Druck der äusseren Bedrohung übernommenen sozialen und menschlichen Pflichten offenbar wieder leichter zu nehmen beginnt, ermutigend und wird dazu beitragen, aus falschem Optimismus und sträflicher Verantwortungslosigkeit aufzurütteln. Die Genossenschaftliche Zentralbank stellt sich so in die grosse gemeinsame Linie, die das Kennzeichen vor allem des konsumgenossenschaftlichen Handelns in der nächsten Zukunft sein muss.

In gewohnt klarer und selbständiger Weise nimmt die Bankleitung vor der Berichterstattung über die eigentliche Jahresarbeit Stellung zu einigen allgemeinen Wirtschaftsfragen, so zur Deckung der Mobilisationslasten sowie zur Gestaltung der Preise und Löhne.

Zum erstgenannten Problem führt sie u. a. aus:

Die Tatsache, dass die Verschuldung der Eidgenossenschaft, ohne die nach andern Gesichtspunkten zu bewertende Bundesbahnschuld von 3 Milliarden, trotz Wehropfer und andern ausserordentlichen Eingängen in der Höhe von über 1 Milliarde Franken, allein in den drei Jahren seit Kriegsausbruch von 3 Milliarden auf rund 6,5 Milliarden angewachsen ist, illustriert mehr als lange Worte das gewaltige finanzielle Ausmass der bisherigen kriegsbedingten Lasten des Bundes. Da keine unmittelbaren Anzeichen für ein baldiges Kriegsende vorhanden sind, ist anzunehmen, dass sich dieser Schuldenberg auch weiterhin jährlich um den Betrag von rund 1 Milliarde Franken erhöht. Es besteht also die durchaus reale Möglichkeit, dass wir in absehbarer Zeit vielleicht eine Staatsschuld von 10 Milliarden haben werden, nicht gerechnet die Verschuldung der Kantone und Gemeinden, die zu deckenden Fehlbeträge der staatlichen Pensionskassen oder andere ausserordentliche Aufwendungen des Bundes, wie sie für Arbeitsbeschaffung, Privatbahnsanierung, Preisregulierung etc. in Aussicht stehen.

Wir sind der Auffassung, dass wir unsere Anstrengungen verdoppeln und die Amortisation der Schuld gerade dann beschleunigen müssen, wenn die erhöhte Tilgung durch die Wirtschaft am besten tragbar ist, um diese um so eher schonen zu können, wenn die Erfüllung wichtigerer Aufgaben eine Rücksichtnahme notwendig macht.

Niemand wird im Ernste die bisher sicher beachtliche steuerliche Leistung bestreiten. Es ist zuzugeben, dass sie da und dort vielleicht schon recht nahe an die eigentliche Substanz herankommt. Aber ebensowenig ist zu übersehen, dass in vielen Fällen eine vermehrte steuerliche Heranziehung ohne ernsthafte Gefährdung unserer wirtschaftlichen Grundlagen in aller Ruhe verantwortet werden kann.

Die Schonung der Steuerzahler und vor allem der Nutzniesser des Krieges darf nicht so weit gehen, dass wir alle miteinander resigniert zusehen, wie der Staat infolge der Erfüllung der unerlässlichen militärischen und wirtschaftlichen Aufgaben zum Schutze und zur Wahrung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes und damit von uns selbst täglich ärmer wird, während zahlreiche Betriebe in ausserordentlichem Masse von den Verhältnissen profitieren und sich übermässig bereichern können. Man hat seinerzeit den Grundsatz aufgestellt, dass am Kriege niemand über Gebühr verdienen soll. Sorgen wir dafür, dass diese Maxime nicht eine leere Phrase bleibt!

Es ist hier nicht der Ort, sich mit den einzelnen Steuerarten auseinanderzusetzen. Jede Abgabe ist an sich unbequem, wie auch jedes Steuersystem seine

Vorteile und seine Härten hat. Der Finanzbedarf ist zudem so gross, dass schon dafür gesorgt ist, dass niemand «leer» ausgehen wird. Die schweizerische Arbeiterschaft ist objektiv genug eingestellt, um zu wissen, dass auch sie ihren Obolus auf den Tisch des Vaterlandes entrichten muss. Aber es ist eine pure staatspolitische Selbstverständlichkeit, wenn sie die Forderung erhebt, dass diese Lasten in erster Linie durch jene Kreise getragen werden sollen, die hierzu besser in der Lage sind als sie, die durch die Teuerung vielerorts ohnehin bis an die Grenze oder gar schon über die Grenze der Tragfähigkeit hinaus beansprucht wurde. Dieses Postulat muss um so verständlicher erscheinen, solange die Dividenden, die Aktienkurse und andere Symptome darauf schliessen lassen, dass dem Unternehmertum bisher noch reichlich Spielraum geblieben ist. So begrüssenswert eine prosperierende Wirtschaft vom allgemeinen und auch vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus ist, so ist ein gewisses psychologisches Einfühlungsvermögen in die Mentalität des werktätigen Volkes in bezug auf die Dividendenfestsetzung nie wünschenswerter gewesen als jetzt, wo allzu hohe Dividenden und Aktienkurse nicht nur in seinen Augen provozierend und bedenklich wirken.

An Stelle der unerschöpflichen Auseinandersetzung um Steuerprojekte wäre eine allgemeine innere Regeneration unserer Einstellung zu diesem Problem und zum Staate selbst offenbar ungleich viel fruchtbarer. Wir können vernünftigerweise nicht einerseits zum Schutze der Landesverteidigung weiterhin im bisherigen Masse Truppen unter Waffen stehen haben, Befestigungswerke erstellen und dem innern Frieden zuliebe Aufwendungen für soziale Zwecke machen, ohne anderseits auch gleichzeitig die unerlässlichen finanziellen Konsequenzen daraus zu ziehen. Das erstere schliesst folgerichtig auch die Deckung ein, welche nicht ohne grosse Opfer abgeht. Opfer, die, solange sie nur materieller Art bleiben, als Dankesbezeugung für die gütige Gunst des Schicksals, die uns auch weiterhin vor der letzten Konsequenz des Krieges bewahren möge, aus echtem nationalem Empfinden heraus dem Vaterland nicht vorenthalten werden dürfen.

Zur Gestaltung der Preise und Löhne lässt sich die Bankleitung u. a. wie folgt vernehmen:

Alles hat bekanntlich seine Grenzen, und wir müssen uns darüber im klaren sein, dass die bisher von seiten der Konsumenten im allgemeinen und der Arbeiterchaft im besondern geübte Geduld nicht unerschöpflich ist. Sie kann es nicht mehr sein, nachdem die Teuerung schwer auf vielen Familien lastet und sehr oft an die Grenze des Existenzminimums geführt hat. Es ist daher begreiflich, wenn die Arbeiterschaft jede neue Preissteigerung mit zunehmendem Unbehagen oder mit offener Entrüstung zur Kenntnis nimmt und in ihren Reihen die Auffassung Boden gewinnt, dass sich unsere Wirtschaftspolitik, mit oder ohne Druck der grossen Wirtschaftsverbände, mehr nach den Interessen der Starken als nach den Schwachen richtet, wie es vernünftigerweise der Fall zu sein hätte. Dabei muss anerkannt werden, dass viele Arbeitgeber der besonderen Lage ihrer Belegschaften Verständnis entgegenbrachten und bestrebt waren, durch Zulagen die Teuerung einigermassen auszugleichen. Aber abgesehen davon, dass diese Zuschüsse der vorausgegangenen Teuerung zeitlich in erheblichem Abstande folgten, wurden sie ausserdem gewöhnlich bald hernach durch eine neue Teuerungswelle illusorisch gemacht. Das kann auf die Dauer keine Lösung sein und stellt — darüber können keine Zweifel bestehen — nichts anderes als eine ununterbrochene Ingangsetzung der Preisspirale dar.

Es hiesse einen Unrichtigen zum Schuldigen stempeln, wollte man, wie das etwa zur Entschuldigung der eigenen Unzulänglichkeiten geschieht, für die Fehlschläge in der bisherigen Preispolitik ausschliesslich die vom Bunde eingesetzte Preiskontrolle verantwortlich machen. Sie mag sich in manchem geirrt haben oder zu nachgiebig gewesen sein. Dagegen ist ihr zweierlei zugute zu halten: dass ohne ihre Intervention die Teuerung offensichtlich längst noch weiter vorgeschritten wäre und dass sie selbst in der Wirtschaft, auf deren Beratung und Mitarbeit sie angewiesen ist, in ihrem sicher anerkennenswerten Wollen manchen harten Widerstand findet.

In diesem Zusammenhang ist auch die bäuerliche Preispolitik zu erwähnen, die auf unsern Index von massgebendem Einfluss ist und die Gemüter in besonderem Masse erregte. Einerseits empfinden wir im Innern wohl alle eine gewisse Berechtigung des bäuerlichen Anspruchs auf angemessene Entlöhnung seiner Arbeit und seiner Risiken, während wir anderseits ständig das drohende Gespenst der Teuerung vor uns sehen, das unsere Gegenwehr herausfordert. Die Arbeiterschaft, die aus eigenem Erleben die Tragik des ungenügenden Lohnes für eine getreu erfüllte Pflicht kennt, ist die letzte, die jenen Anspruch bestreiten wollte. Aber es überwiegt nun doch allenthalben die Meinung, dass den Begehren der Landwirtschaft in so weitgehendem Masse Rechnung getragen worden ist, dass sie, abgesehen von jenen Fällen, die auch mit höheren Preisen nicht zu sanieren sind, ihre Ertragsbasis wieder gefunden hat. Zugegeben, dass in der Vergangenheit trotz den sehr ausgiebigen Subventionen ihr gegenüber nicht immer das richtige Verständnis vorhanden gewesen und das Heil nur allzusehr im niedrigen Preis erblickt worden ist. Indessen wäre der Zeitpunkt entschieden schlecht gewählt, wenn sie sich heute für jene oder gar für zukünftige magere Erträgnisse schadlos halten wollte. Fette und magere Jahre gibt es nicht nur für sie, und wir machen begangene Fehler und Unterlassungen nicht besser, indem wir ins andere Extrem ausschlagen und — ohne Rücksicht auf allgemeine wirtschaftliche Gesetze — eine Preispolitik betreiben, die nur einer Richtung gerecht wird. Eine solche Politik müsste unfehlbar erneut mit einem Fehlschlag enden, und die Landwirtschaft wäre die erste, die ihre Folgen zu spüren bekäme, da jeder Kaufkraftschwund, entstehe er wie er wolle, im gegebenen Zeitpunkte ihre Preise ohne weiteres auf das wirtschaftlich tragbare Mass zurückführen würde.

So ist diese für die zukünftige Preisgestaltung ausschlaggebende Frage noch nach andern Richtpunkten zu betrachten als nur nach momentanen Vorteilen, und im allgemeinen Staatsinteresse ist zu hoffen, dass die nunmehr dringlich gewordene Stabilisierung des landwirtschaftlichen Preisstandards zur Wirklichkeit wird. Wenn eine Pendenz im Geiste gegenseitigen Verstehens geregelt werden muss, dann ist es sicher diese, und zwar schon um zu vermeiden, dass wir am Ende wieder in die mittelalterliche Fehde zwischen Stadt und Land zurücksinken. Müsste es nicht mit Recht als ein bedenkliches Symptom für die Geistesverfassung unseres Volkes angesehen werden, wenn nach einem fruchtbaren Jahre, in dem die Natur des Bauers Mühe so reichlich belohnte, die Unzu-

friedenheit derart überhand nähme, dass bald niemand mehr einen Dank findet für diese gütige Gunst der Vorsehung uns allen gegenüber?

Dass erst nach einem Preisstop für landwirtschaftliche Produkte die Frage eines Lohnstops spruchreif werden kann, versteht sich von selbst. Wir nehmen nicht nur die Interessen der Arbeiterschaft, sondern das allgemeine Staatsinteresse wahr, wenn wir überdies daran erinnern: In keinem Land ist ein Lohnstop durchgeführt worden, ohne dass zuvor die hohen Einkommen durch schwerste Steuern auf eine Ziffer reduziert waren, die weit unterhalb der bei uns geltenden Einkommenshöhe liegt. Es würde sich schwer rächen, wenn diese sozial und psychologisch wichtige Tatsache bei uns wie bisher in den Erörterungen, so später in den Verordnungen zu kurz käme.

*

Im Verlauf der weiteren Ausführungen im Bankbericht werden u. a. behandelt die Verfassung des Geldmarktes, der nicht zuletzt von der «unleugbaren Prosperität wichtiger Wirtschaftszweige» bestimmend beeinflusst wird, die Verschiebungen im Bilanzbild, das wegen der stark geminderten Anlagemöglichkeiten durch ein ausgesprochenes Interesse — sogar der Handelsbanken — für das Hypothekargeschäft gekennzeichnet ist. Von Versicherungsgesellschaften, Privaten und zahlreichen Immobiliengesellschaften ist zudem ein bemerkenswerter Auftrieb auf dem Liegenschaftsmarkte ausgegangen.

«Dieses plötzliche Interesse am Liegenschaftsbesitz zeigt uns übrigens recht eindrücklich, wie schnell bisweilen die Anschauungen über die Bonität eines Wertes wechseln können. Es ist noch nicht so lange her, dass es als Schönheitsfehler angesehen wurde, wenn eine Bank als Gläubigerin ein belehntes Objekt zur ersten Hypothek übernehmen musste. Heute wird der Liegenschaftsbesitz selbst von den der staatlichen Aufsicht unterworfenen Versicherungsgesellschaften für einen Teil ihrer Gelder bis zu 80 % des Schatzungswertes als vollwertige Deckung anerkannt. Was für sie gilt, muss vernünftigerweise ebenso für die Banken gelten. Ob diese Ausweitung der Deckungsgrundsätze und die in Erscheinung tretende Verschiebung des Immobilienbesitzes in die Hände kapitalstarker Gesellschaften im Prinzip richtig oder falsch sind, wollen wir der Zukunft zur Abklärung überlassen. Dagegen wird man um die Feststellung nicht herumkommen, dass es sich bei dieser Neuerung um eine bemerkenswerte Abkehr von den bisherigen Grundsätzen handelt, die automatisch die Frage der Belehnungsgrenze für die erstrangigen Hypotheken präjudiziert.»

*

Mit ganz besonderem Interesse wird man auch von den Erfahrungen der Bank mit dem

Kleinkredit,

der offenbar immer mehr von volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung wird, Kenntnis nehmen. Angesichts der Ausdehnung des Kreditwesens in der Warenvermittlung sind die Existenz und der Ausbau sozial geführter Kreditinstitutionen von besonderer Wichtigkeit. Bei der Genossenschaftlichen Zentralbank wurde hiefür zweifellos sehr bedeutsame Vorarbeit geleistet, deren Anerkennung durch die Öffentlichkeit einer der wesentlichen Gründe zur Verleihung des Titels eines Ehrendoktors an Herrn Direktor Küng war. Mit dem Ausbau des Kleinkredits muss der Weg geebnet werden dafür, dass mit der Zeit nicht nur das gesamte Kreditwesen auf dem Gebiete der Konsumfinanzierung auf eine gesunde, den sozialen Erfordernissen gerecht werdende Grundlage gestellt wird. Den Konsumgenossenschaften erwachsen da in Zusammenarbeit mit der Bank grosse Aufgaben.

Mit dem Kleinkredit hat die Genossenschaftliche Zentralbank folgende sehr ermutigende Erfahrungen gemacht:

«Von den bewilligten 600 Darlehen im Totalbetrage von Fr. 120,000.— waren auf Ende Dezember noch 40 Darlehen mit zusammen Fr. 4000.— ausstehend, bei denen sich die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Abzahlungsfristen ergab. Gesamthaft ist mit einem mutmasslichen Ausfall von ca. Fr. 1500.— auf 14 Darlehen oder rund 1½ % zu rechnen. Diese Verlustquote liegt unter unserer Annahme und ist in Berücksichtigung der Tatsache, dass die Darlehen ohne Information und zum Teil ohne Notifikation der Lohnzession jedem Gesuchsteller, der in Arbeit stand, bewilligt wurden, als sehr mässig zu bezeichnen.

Wir finden darin erneut eine Bestätigung für unsere wiederholt vertretene These, dass das Risiko in diesen Kleinkrediten dank einer im allgemeinen einwandfreien, ja oft direkt rührenden Schuldnermoral der einfachen Leute im Grunde ausserordentlich gering ist. Die Inkonvenienzen liegen mehr in der zeitraubenden Arbeit, die mit der Prüfung der Abzahlungen und der Überwachung verbunden sind. Dagegen haben uns unsere Erfahrungen in unserer Auffassung nur bestärkt, dass es sich bei diesen kleinen Darlehensgeschäften um ein eigentliches soziales Problem handelt, das nicht nach starren bankgeschäftlichen Normen, wohl aber im Geiste eidgenössischer Solidarität durch jene Instanzen gelöst werden muss, die dazu berufen und imstande sind.

Der in der Presse geführte Kampf gegen die Darlehenswucherer genügt leider bei weitem nicht, um diesen Schmarotzern beizukommen. Er ist insbesondere für bedrängte Familien ein schwacher Trost, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass anständige, kleine Schuldner in Zukunft überall im Lande herum eine Möglichkeit haben, ihre bescheidenen Kreditbedürfnisse für begründete Zwecke zum landesüblichen Zins zu befriedigen. Wer sich über unsere Herkunft Rechenschaft gibt, wird es verstehen, dass die Genossenschaftliche Zentralbank in dieser Frage bahnbrechend vorangehen muss und sich trotz gelegentlichen Enttäuschungen nicht aus lauter Bequemlichkeit hinter billige prinzipielle Argumente verschanzen darf.

Wenn der Kontakt zum werktätigen Volke wirklich lebendig sein soll, so genügt die Pflege des Passivgeschäftes oder der Kredite und Anlagen im grossen allein eben noch nicht, sondern dann muss auch den Bedürfnissen des einfachen Mannes in verständnisvoller Weise Rechnung getragen werden. Wir freuen uns, bei unserm

Rückblick auf die nun zurückgelegte erste Etappe feststellen zu dürfen, dass wir unserm Ziel, der Volksgemeinschaft zu dienen, auch in dieser Richtung näher gekommen sind.»

*

Aus der eigentlichen Jahresrechnung sei hier vor allem die Entwicklung der Hypothekaranlagen angeführt.

Bestand am 31. Dezember 1941	Fr. 59,399,800.—
Eingänge pro 1942	» 4,660,000.—
	Fr. 64,059,800.—
Ausgänge pro 1942	» 3,786,200.—
Bestand am 31. Dezember 1942	Fr. 60,273,600.—

Vorstehender Betrag setzt sich aus rein schweizerischen Hypotheken zusammen, und zwar:

Fr. 57,688,200.— = 95.71 % Hypotheken im I. Rang bis maximal ⅔ der Schatzung;
» 2,585,400.— = 4.29 % Hypotheken im II. Rang mit Bürgschaften oder anderer subsidiärer Deckung.
Fr. 60,273,600.— total.

Auf die Schuldner verteilt ergibt sich folgendes Bild:

Fr. 37,188,400.— Hypotheken an gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, Baugenossenschaften, Konsumvereine, etc.,
» 23,085,200.— Hypotheken an Private und Privatfirmen,
Fr. 60,273,600.— total, die sich auf 21 Kantone verteilen.

Zunahme pro 1942: Fr. 873,700.—.

Die Wertschriften und dauernden Beteiligungen mit einem Gesamtbestand von Fr. 34,037,600.— setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

Eidg. Anleihen und Schweiz. Bundesbahnen	Fr. 15,648,600.—
Kantonale und kommunale Anleihen	» 5,026,800.—
Obligationen von Kantonalbanken	» 9,828,200.—
Obligationen von schweiz. Grossbanken	» 2,214,900.—
Obligationen von erstklassigen schweiz. Hypothekenbanken und Pfandbriefe	» 746,300.—
Schweiz. Industrie- und Trust-Obligationen und Diverse	» 264,900.—
Schweiz. Anteilscheine und Aktien	» 293,300.—
Diverse ausländische Titel	» 14,600.—

Der Überschuss beträgt inklusive Vortrag vom Vorjahre im Betrage von rund Fr. 174,200.— Fr. 907,500.—, für dessen Verwendung folgende Vorschläge unterbreitet werden:

Verzinsung der Anteilscheine à 4 %	Fr. 494,700.—
Einlage in den Reservefonds	» 200,000.—
Vortrag auf neue Rechnung	» 212,800.—

Die Bilanz, nach Verteilung des Überschusses, mit einer Gesamtsumme von rund Franken 155,816,600.— weist u. a. folgende Posten auf:

AKTIVEN:	Fr.
Kassa, Giro- und Postcheckguthaben	8,693,500.—
Bankendebitoren auf Sicht	2,820,400.—
Andere Bankendebitoren	1,512,500.—
Wechsel	5,010,500.—
Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung	25,482,200.—
davon gegen hypothekar. Deckung 703,600.—	
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	14,948,600.—
davon gegen hypothek. Deckung 9,405,500.—	
Konto-Korrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	1,590,500.—
Hypothekaranlagen	60,273,600.—
Wertschriften und dauernde Beteiligungen	34,037,600.—

PASSIVEN:		Fr.
Bankenkreditoren auf Sicht		3,702,800.—
Andere Bankenkreditoren		1,501,000.—
Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht		23,674,800.—
Kreditoren auf Zeit		10,377,200.—
Depositenhefte		69,068,600.—
Kassenobligationen		24,767,600.—
Tratten und Akzepte	9,311,000.—	
hiervon nicht in Zirkulation	2,811,000.—	6,500,000.—
Anteilscheinkapital		12,409,000.—
Reserven		2,350,000.—

*

Im Bestreben, die Bank zu einem leistungsfähigen Instrument für die schweizerischen Genossenschaften, die Gewerkschaften und für alle Aufgaben der Gemeinwirtschaft zu machen, lag es der Bankleitung von jeher daran, eine sorgfältige Anlagepolitik zu betreiben. Wie sehr ihr dies gelungen ist, zeigen folgende Feststellungen:

1. Mit Ausnahme einiger völlig belangloser Abschreibungen auf Darlehen sind wiederum keine Debitorenverluste entstanden.
2. Die Hypothekarzinsen per Ende Dezember im Betrage von 1,2 Millionen Franken sind bis auf den minimen Rest von Fr. 2831.15 innert Monatsfrist eingegangen.
3. Das Wertschriftenportefeuille setzt sich aus erstklassigen Titeln zusammen und ist vorsichtig bewertet.

Endlich zeigen auch die erneute Zunahme der Bilanzsumme um 11 Millionen auf 155 Millionen Franken und die Umsatzsteigerung von 1663 Millionen auf 1846 Millionen die lebhafte Aktivität des Geschäftes.

«Gestützt auf diese Tatsachen kann — wie es im Bericht heisst — der Bankentwicklung erste Etappe, deren Hauptaufgabe in der Errichtung eines tragfähigen Fundamentes bestand, als erfolgreich abgeschlossen betrachtet werden, und wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass unsere bisherige Arbeit durch die Folgen des Krieges nicht in Frage gestellt werden möge.»

Die solide Betriebsführung bei der Bank und bei den Konsumgenossenschaften und das in der ganzen Genossenschaftsbewegung stets wache Bestreben, den ihr aufgetragenen Dienst zum Nutzen des Ganzen zu leisten, werden auch in Zukunft die sicherste Garantie für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Bewirtschaftung des Geldes sein.

Die „Arbeits-Genossenschaft"

(Ein kleiner Beitrag zur Lösung der sozialen Frage.)

Seit Jahren und Jahrzehnten hat allenthalben ein eigentliches Ringen um die Schaffung besserer und gerechterer sozialer Verhältnisse eingesetzt, das getragen war von der Überzeugung, dass die vorhandenen materiellen Möglichkeiten vollauf genügen würden, um jedem Menschen ein auskömmliches Leben und eine angemessene Befriedigung aller berechtigten Bedürfnisse zu gewährleisten. Dieses begreifliche Ringen wurde aber immer wieder gehemmt durch vielgestaltige Hindernisse, die im wesentlichen in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet waren. Damit leugnen wir nicht etwa den ungeheuren wirtschaftlichen, sozialen und teilweise auch kulturellen Aufschwung, den der Kapitalismus im Gefolge gehabt hat. Allein, dieser Aufschwung

vermochte bis heute noch niemals zu einem vernünftigen und gerechten Ausgleich der Klassenunterschiede zu führen. Im Gegenteil führte die sozusagen «natürliche» Entwicklung des Kapitalismus mehr und mehr zu einer Verschärfung dieser Unterschiede, ja Gegensätze, indem durch immer zunehmende Kapitalzusammenballungen und Unternehmenskonzentrationen, denen auf der andern Seite die breiten Massen der von allen Produktionsmitteln getrennten unselbständig Erwerbenden gegenüberstanden, sich wirtschaftliche Macht häufte und soziale Spannungen auf die Spitze getrieben wurden.

Es hiesse nun allerdings — und an dieser einfachen Tatsache scheinen manche gutgemeinte Pläne zur Behebung der erwähnten Mißstände auch gescheitert zu sein — die Schwierigkeiten unterschätzen, wollten wir die ganze Frage nur materiell lösen, d. h. wollten wir versuchen, z. B. allein durch die Überführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz oder durch die Erhöhung des Anteils der Arbeit am Gesamtprodukt — im weitesten Sinne am Nationalprodukt — die sozialen Verhältnisse mit einem Schlage und für immer zu verbessern. Man muss sich vor Augen halten, dass der heutige Arbeiter — in vielen Fällen ist er überhaupt nur noch Handlanger — nicht nur materielle Sorgen hat, so stark diese gerade auch unter dem Einfluss der Teuerung gewachsen sein mögen. Die Industrialisierung der vergangenen hundert Jahre hat ebenso dringliche Probleme, die der Lösung harren, auf einem ganz andern Gebiete geschaffen. Wenn wir in der Geschichte zurückgehen, so treffen wir noch im hohen und im ausgehenden Mittelalter den selbstverantwortlichen, für eigene Rechnung arbeitenden und vollständig — soweit dem damals nicht schon überspannte zünftlerische Forderungen entgegenstanden — freien Handwerker. Dieser Handwerker erzeugte innerhalb seiner Werkstatt und in einem geschlossenen Arbeitsgang, den er und seine Gesellen gemeinsam durchführten, Waren für den Markt oder für einen bekannten Kunden. Damit war für jeden «Arbeiter» — inbegriffen den Gesellen, dem der Meisterstand kraft eigener Tüchtigkeit offenstand — eine lebendige Beziehung zu seinem Arbeitsstück gegeben, eine Beziehung, die dem modernen Arbeiter, der innerhalb eines Grossbetriebes jahraus jahrein immer nur dieselbe eintönige und abwechslungslose Teilarbeit zu verrichten hat, vollständig verloren gegangen ist.

Ein weiterer Übelstand tritt hinzu, indem der moderne Industriebetrieb seinen «Arbeitssklaven», die er aufzehrt, kaum irgendwelche geistige Anregung zu verschaffen vermag. In der letzten Zeit ist zwar auch auf diesem Gebiete eine Wendung zum Besseren festzustellen. Immer noch scheint man aber oft der Ansicht zu huldigen, rationelle Betriebsführung sei notwendigerweise mit starrer und kompromissloser Unter- und Überordnung verbunden, ohne dass den Untergeordneten auch nur der geringste Spielraum zu eigener geistiger Mitarbeit eingeräumt würde,

obwohl selbstverständlich die mit ihrem besonderen Arbeitsvorgang aufs engste vertrauten Arbeiter und Arbeitergruppen auch am ehesten in der Lage wären, nach technischen Verbesserungen und rationellerer Arbeitsweise zu streben. Und dass durch dermassen ermöglichte geistige Mittätigkeit auch eine höhere Befriedigung des einzelnen Arbeiters verwirklicht werden könnte, ist leicht verständlich.

Auf diesem einfachen und überzeugenden Grundgedanken baut nun eine bei uns leider noch nicht besonders bekannte und deshalb auch recht wenig verbreitete Genossenschaftsform auf.

Der Arbeitsgang innerhalb eines jeden Industriebetriebes ist in zahllose einzelne Arbeitsvorgänge zerlegt, denen in der Regel eine kleinere Anzahl von Arbeitern — eine Arbeitsgruppe — obliegen. Jeder dieser Arbeiter steht zum Unternehmer und zum Unternehmen in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis, indem er vom Unternehmen als einzelner in Arbeit genommen worden ist und nichts anderes zu tun hat, als während vorgeschriebener Arbeitsdauer und unter steter Aufsicht innerhalb eines bestimmten Arbeitsplatzes bestimmte — und in der Regel stets gleichbleibende — Arbeiten zu verrichten. Wenn wir nun einen Blick in eine moderne Fabrik werfen, so braucht es nicht langer Ausführungen, um zu beweisen, wie geisttötend und demoralisierend solche vollständig abhängige und eintönige Arbeit wirken muss. Bewunderung muss uns da eigentlich jeder einzelne abnötigen, der trotz dieser Arbeitsverhältnisse sich in der Freizeit noch zu Höherem aufzuschwingen vermag. Viele jedoch bringen diese Kraft nicht auf, verkümmern und berauben so — nicht durch eigene Schuld — die Gemeinschaft wertvollster geistiger und körperlicher Kräfte. Der Schaden für den einzelnen und für die Gesamtheit ist dabei sicher nicht unbeträchtlich.

Wenn nun schon innerhalb der meisten Industrien — und darüber hinaus auf beinahe allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit überhaupt — kleine Gruppen tatsächlich bestehen, kleine Gruppen, denen ganz bestimmte Teilarbeiten zugewiesen sind, wäre es nicht möglich, auf eben diesen Gruppen aufbauend ein genossenschaftliches Element in den Produktionsprozess durch die möglichst weitgehende Verselbständigung dieser Gruppen hineinzutragen?

Das könnte so geschehen, dass aus jeder dieser Gruppen innerhalb des bestehenden Unternehmens sozusagen «Unter-Unternehmen» geschaffen würden. Das Unternehmen stellt dem «Gruppen-Unternehmen» — wie wir es hier nennen möchten — Arbeitsraum, Werkzeuge, Maschinen usw. zur Verfügung, überträgt ihm die Durchführung eines bestimmten Teiles des Produktionsprozesses und gewährt ihm im übrigen — soweit es sich mit der Gesamtpolitik des Unternehmens verträgt — eine möglichst weitgehende Freiheit. Die Arbeiter jeder Gruppe bilden eine Genossenschaft, wählen sich aus ihrer Mitte eine Art von «Geschäftsführer» und teilen die einzelnen Teile der ihnen zugewiesenen Teilarbeit unter sich so auf, dass jeder die seinen Fähigkeiten am ehesten entsprechenden Funktionen zu erfüllen hat. Sie sind nicht mehr Lohnarbeiter, sondern «Unternehmer» und werden deshalb nicht mehr nach Arbeitsstunden, im Akkord oder nach andern Prinzipien entlöhnt. Vielmehr liefern sie dem Unternehmen zu festgesetzten Preisen bestimmte Dienstleistungen, Arbeiten, Produkte, Halbfabrikate oder was immer die vertragliche Abmachung zwischen Unternehmen und Gruppenunternehmen betreffen möge. Vierzehntäglich oder monatlich weist der «Geschäftsführer» an der Kasse des Unternehmens eine Rechnung über die «Lieferungen» des Gruppenunternehmens an das Unternehmen vor. Der Betrag dieser Rechnung wird nach einem bestimmten Schlüssel — u. U. auch gleich-

mässig — unter die Genossenschafter der betr. Gruppe verteilt.

Es ist ganz selbstverständlich, dass wir mit dieser Skizze das Problem nicht zu erschöpfen vermochten. Doch ist ohne weiteres ersichtlich, wie der zum Mit-Unternehmer gewordene Arbeiter in viel stärkerem Masse als je zuvor auch zur geistigen Mittätigkeit und Mitarbeit aufgerufen ist. Und es ist ebenso klar, dass dieses geistige Verbundensein ganz natürlich zu vermehrter Arbeitsfreude führen muss und damit selbstverständlich auch zu besserer Arbeitsleistung. Das Mitdenken gibt aber sicher Anlass zur Überlegung manchen technischen Problems und führt so zu rationellerer Arbeitsweise, die jedem Unternehmen nur erwünscht sein kann. Aus dem «Kostenfaktor» Arbeiter wird der als Mensch gewertete Arbeiter, und innerhalb seiner Gruppe wird dieser Arbeiter sogar zum mitverantwortlichen Unternehmer.

Es ist durchaus möglich, dass für den Arbeiter auch der Gesichtspunkt eines verbesserten Einkommens — und dass in sozusagen allen Fällen das Einkommen jedes einzelnen sich wesentlich erhöht, ist erwiesen — von besonderer Bedeutung ist. Doch schadet das nichts, weil ja jeder interessiert ist an möglichst wirtschaftlicher Gestaltung des Teilarbeitsprozesses, der gemeinsam durchgeführt wird und gegensätzliche Ziele unmöglich macht.

Wir können hier nicht auf weitere Einzelheiten eintreten und möchten abschliessend zu reger Aussprache über diese sicher bemerkenswerten Anregungen aufrufen und im übrigen beifügen, dass uns vor allem an praktischen Versuchen liegt. Wo immer auch nur die entfernteste Möglichkeit zu solcher Neugestaltung vorhanden ist, da scheint es gegeben, wenn durch die praktische Tat Worte abgelöst und eingelöst werden. HEM.

Polnische Internierte im Genossenschaftlichen Seminar

Die völkerverbindende Kraft des Genossenschaftsgedankens ist durch den Krieg ausserordentlich gehemmt, zum Trost und zur Ermutigung der Genossenschafter jedoch nicht ganz gelähmt. Immer noch lebt jener Kontakt zwischen Genossenschaftsfreunden über die Grenzen und Schlachtfelder hinweg, der für die Nachkriegszeit so manchen Ansatzpunkt zu einem fruchtbaren Neuaufbau gibt. Auf eines musste man in den letzten Jahren jedoch verzichten lernen, auf den gegenseitigen Besuch, die persönliche Aussprache mit Genossenschaftern anderer Länder, die von Jahr zu Jahr in steigendem Masse mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören wollten, wie ihre Freunde die Genossenschaftsidee in die Wirklichkeit umsetzen. Besonders wir Schweizer müssen diesen persönlichen Austausch in besonderer Weise entbehren. Unzählige Zusammenkünfte internationaler Genossenschaftsorganisationen, eine ganze Reihe Genossenschaftskurse, die aus vielen Ländern Genossenschafterinnen und Genossenschafter bei uns vereinigten, Besichtigungen unserer Betriebe durch Angehörige aller Erdteile trugen dazu bei, die Kräfte des Friedens und der Zusammenarbeit aller Gutgesinnten zu stärken und Stein auf Stein für den Aufbau einer echt genossenschaftlichen Welt zu legen. Der Krieg hat da ein Werk im Dienste einer alle Völker umfassenden gerechten sozialen Ordnung jäh getroffen.

Um so mehr empfindet man Freude darüber, dass es trotzdem möglich wurde, wenigstens an einem kleinen Orte und in verhältnismässig bescheidener Weise die persönlichen Fäden zu den Genossenschaftern anderer Länder von neuem fester zu knüpfen und sich gegenseitig den Glauben an eine bessere Zukunft zu stärken. Im Freidorfer Genossenschaftlichen Seminar waren vom 18. Januar bis 20. Februar zehn internierte Polen in einem «Spezialkurs zur genossenschaftlichen Ausbildung» beieinander, um in Lehrstunden mannigfachen Inhalts, in Vorträgen, Diskussionen, Übungen, Besichtigungen usw. in Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens sich aufklären und festigen zu lassen. Mitglieder der Direktionen des V. S. K., von Zweckgenossenschaften und des A. C. V., Leiter von verwandten Betrieben, die Leitung des Seminars selbst und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Abteilungsvorsteher des V. S. K. usw. gaben sich Mühe, den lerneifrigen Polen genossenschaftliches Denken und Wirken nahezubringen.

Wie sehr diese Polen dafür Dank wissen, bekundeten sie an der Schluss- und Abschiedsfeier vom vergangenen Samstag im Genossenschaftshaus im Freidorf. Herr Dr. Jaeggi, der im gleichen Saale schon so viele Genossenschafter aus der ganzen Welt willkommen heissen durfte und ihnen den Aufenthalt in diesem Zentrum genossenschaftlichen Wirkens so angenehm und fruchtbar wie möglich zu gestalten suchte, hatte sich auch jetzt wieder mit besonderer Fürsorge seiner «lieben Polen» angenommen und nichts unterlassen, um auch dem Abschiedsakt einen Gehalt zu geben, an den sich die zahlreichen Gäste noch lange erinnern werden. Zu diesen zählten nicht nur die obenerwähnten Genossenschafterinnen und Genossenschafter, die den Kursteilnehmern das Wissen und praktische Können zu vermehren bestrebt gewesen waren, so die gesamte Direktion des V. S. K., sondern es hatten sich auch noch weitere Persönlichkeiten eingefunden, die sich um das Wohl der Polen in der Schweiz in hervorragender Weise annehmen. So waren u. a. erschienen Herr Oberst Henry, der eidgenössische Kommissar für Internierung und Hospitalisierung, in Begleitung seiner beiden Mitarbeiter, der Herren Major Cottier und Major Paschoud, sowie Herr Dr. Lagutt mit Familie, die den Polen in der Schweiz schon so manche Wohltat erwiesen haben.

In seinen Begrüssungsworten konnte Herr Dr. Jaeggi bezeugen, dass die Kursteilnehmer mit grossem Fleiss und ernstem Willen gearbeitet haben. Mit ihnen — so betonte Herr Dr. Jaeggi — blicken auch wir einem Frieden entgegen, der nicht von Hass diktiert ist. Der kalte Egoismus soll zurückgedämmt werden. Wir müssen menschlicher werden, dem Verhältnis von Mensch zu Mensch eine aufbauende, fruchtbringende Grundlage schaffen.

Worte herzlichsten Dankes für das in den letzten Wochen in so reichem Masse Gebotene wusste Herr Oberstleutnant Czoch, der als Internierter und früherer Mitarbeiter in der polnischen Genossenschaftsbewegung beizeiten erkannt hatte, wie der Genossenschaftsgedanke auch für die polnischen Internierten von praktischer Bedeutung werden könnte, und deshalb schon seit Jahren seine Hauptaufgabe in der Schaffung von Kultur-



Die polnischen Genossenschaftsstudenten auf den Stufen des Genossenschaftshauses im Freidorf, in dem ihnen von Herrn Dr. Jaeggi gastfreundliche Aufnahme gesichert war.

zentren für seine Kameraden erblickte, in denen sie sich genossenschaftlich zusammenfinden und weiterfördern. Wie er selbst — unter freundlichem Beistand von Herrn Dr. Lagutt, der sich um die deutschsprachige Übersetzung annahm — ausführte, wurde im Dezember 1940 in einem polnischen Interniertenlager die erste genossenschaftlich organisierte Soldatenstube eröffnet. Diese wurde zum Mittelpunkt des Lagers. Es entstand eine Atmosphäre aufrichtiger Freundschaft. Anstelle des Wodka, in den vorher mancher Batzen umgewandelt worden war, trat die Milch. Das in diesem Lager gelungene Experiment ermutigte zu ähnlichen Aktionen in anderen Interniertenlagern, wozu im Januar 1941 ein erster Kurs über das Genossenschaftswesen stattfand. In der Folge nahmen noch etwa 30 solcher genossenschaftlicher Soldatenstuben ihre segensreiche Tätigkeit auf. Aus dem Überschusse dieser Gemeinschaftswerke wurden materielle und kulturelle Bedürfnisse befriedigt; so dienten sie zur Absendung von Liebesgaben an polnische Kriegsgefangene und polnische Kinder. — Auch dem V. S. K. bezeugte Herr Oberst Czoch Dank für seine Unterstützung bei der Durchführung von Genossenschaftskursen. «Aus dem Beispiel des Freidorfs und von Herrn Dr. Jaeggi werden wir Kraft schöpfen. Möge Gott die Schweiz vor dem Kriege bewahren.»

Jedoch nicht in Worten allein, deren Aufrichtigkeit und Herzlichkeit gewiss genügend Anerkennung für das im Freidorf Empfangene gewesen wären, sondern mit noch einigen «handgreiflichen» Beweisen wollten die Kursteilnehmer zeigen, wie sehr sie ihre freundliche Aufnahme zu schätzen wissen. So durften vor allem Herr und Frau Dr. Jaeggi eine Reihe von Künstlerhänden hervorragend geformte Erinnerungsstücke entgegennehmen. Auch Herr Dr. Lagutt, Frl. Stoll und Herr Ulrich Meyer, der den Polen anlässlich ihrer Besuche in all den Genossenschafts- und auch Privatbetrieben ein treuer und aufmerksamer Begleiter war, wurden bedacht.

Herr Oberst Henry, dem alle in der Schweiz internierten Polen anvertraut sind, und dem sein verantwortungsvolles Amt vom Bundesrat übertragen worden war, wies auf das angenehme, gegenseitige Verhältnis hin, das heute die Beziehungen zwischen Behörden und Internierten kennzeichnet. Aus seinen Worten sprachen der pflichtbewusste, der gestellten Aufgabe treu ergebene Offizier, wie der einem überragenden Ziel folgende Schweizer und Mensch. Herr Oberst Henry beglückwünschte Herrn Dr. Jaeggi zu dem schönen Lebenswerk zum Wohle der Allgemeinheit.

Und nun erhielt noch Herr Dr. Lagutt, dessen 70. Geburtstag angesichts seiner Verdienste, die er als Forscher um die Erfindung des Saccharins und die Fabrikation desselben hat, in der Öffentlichkeit besondere Beachtung gefunden hat und auch hier ehrend gewürdigt sei, das Wort, das von tiefer Menschlichkeit sowohl wie von hoher Lebenserkenntnis zeugte. «Nur wer ein Ziel hat, der hat eine Zukunft — gab er seinen polnischen Freunden zur ernsten Beherzigung —: ein Ziel vor Augen und einen Kompass im Herzen: das Gewissen. Die Glücklichsten sind die, die etwas aus Liebe tun. Im Freidorf ist ein Zentrum, wo sich so etwas auslebt. Das könnt Ihr auch zuhause machen. Vertieft diese Erziehung.»

Den ebenso lieblichen wie ernsten und unterhaltenden Rahmen zu der von Herzlichkeit und Freundschaft getragenen Feier schufen Liedervorträge von Schülerinnen des Genossenschaftlichen Seminars unter der Leitung von Herrn Lehrer Spaeti, ein Sprechchor der Schülerinnen der Modernen Verkäuferinnenschule, Reigen von Primarklässlern, mit denen Frl. Tschopp ebenfalls viel Freude vermittelte, reizende Tanzdarbietungen der Schwestern Lüdin sowie der Töchter Grandjean und Nuspliger; auch die Polen warteten mit einigen Liedern auf, einmal sogar mit einem Lied im Schweizerdialekt, das sie zusammen mit den Seminaristinnen sangen.

Wie ein Symbol der internationalen Zusammenarbeit für den Frieden stand diese Abschiedsfeier über dem Grauen dieser Tage — als ein Wahrzeichen der nie ersterbenden Kraft der Liebe, die allein zu den Höhen wahren Menschentums, das an keinen Grenzen haltmacht, führt.

r.



Ein wichtiger Teil des Kursprogramms bestand in der Besichtigung von Genossenschafts- und auch einigen Privatbetrieben. Herr Ulrich Meyer, Alt-Redaktor des «Genossenschaftlichen Volksblattes» war den lernbeflissenen Polen ein aufmerksamer Begleiter.

Der Ausbau der Genossenschaftlichen Volksblätter

(Fortsetzung.)

Eine Stimme aus dem Tessin,

die sich mit der Ausgestaltung der Tessiner Schwester des G.V., der «La Cooperazione», beschäftigt, und zwar vor allem mit folgenden Anregungen:

Was brauchen wir? Jeder Mitarbeiter sollte eine eigene Rubrik erhalten und sich methodisch mit der Behandlung einer eigenen Materie befassen. Für seine Artikel sollte er dem V.S.K. gegenüber verantwortlich sein. Nach der Festsetzung der Verantwortung und der Verpflichtung, monatlich einen oder zwei Artikel über eine bestimmte Frage zu redigieren, könnte die Zeitung beispielsweise in folgende Rubriken aufgeteilt werden:

1. Genossenschaftliche Probleme.
2. Probleme der Tessiner Landwirtschaft.
3. Sozial-ökonomische Probleme des Tessins.
4. Kulturelle, künstlerische und musikalische Probleme.
5. Touristische Probleme.
6. Seite der Frau, Kinderseite.
7. Literarische Seite (Romane, Novellen, Erzählungen).

Jede Rubrik sollte einen künstlerisch gepflegten Kopf erhalten. Auch der Zeitungskopf sollte mit einem schönen Holzschnitt verziert werden. Also: wenige, aber gute und fleissige Redaktoren, deren Verantwortung der Direktion des V.S.K. gegenüber klar umschrieben ist.

Unsere Meinung ist, dass eine einzige wöchentliche Ausgabe von 8 Seiten mit den oben erwähnten Rubriken und der photographischen Reportage «Blick in die Welt» vollkommen genügt. Für eine immer bessere Propaganda sollte das Blatt guten Tessiner Photographen seine Spalten mehr zur Verfügung stellen.

Zwei wöchentliche Ausgaben von je 4 Seiten — wovon die vom Mittwoch-Donnerstag für die Hausfrau und das Kind — sind nicht erwünscht und es gäbe sehr wahrscheinlich ernste, redaktionelle Schwierigkeiten zu überwinden. Wir nehmen ohne weiteres an, dass die Konsumvereine die Erhöhung der Kosten von 50 Rappen pro Mitglied mit der erstgenannten Lösung gutheissen werden.

Es ist auch unsere Meinung, dass die Konsumvereine den für sie reservierten Inseratenteil noch schlecht benützen. Hier sollten folgende Ziele erreicht werden:

1. Beschränkung des verfügbaren Raumes.
2. Bessere Ausnützung des Raumes durch eine ernste, fachgemässe Reklame, unter der Leitung eines Reklameberaters.

Drucktechnische Verbesserung. Den bereits erfolgten Darlegungen der Direktion haben wir nicht mehr viel beizufügen; trotzdem möchten wir darauf hinweisen, dass Druckseiten und Artikelköpfe nach dem Geschmack des südlichen Lesers eingerichtet werden müssten, d.h. die Zeitung darf nicht das Aussehen eines deutschen Blattes nach dem Vorbild der N.Z.Z. erhalten; im Tessin muss man sich vielmehr, in drucktechnischer Hinsicht, der italienischen Presse angleichen. (Fortsetzung folgt.)

Der ACV beider Basel im Jahre 1942

Die Jahresrechnung 1942 des grossen Basler Konsumvereins hat befriedigend abgeschlossen. Der Warenumsatz erreichte die Totalsumme von Franken 67,773,300.— gegenüber Fr. 65,836,300.— im Vorjahre. Es zeigt sich also eine wertmässige Umsatzzunahme von Fr. 1,937,000.— oder 2,94 %.

Nach Vornahme angemessener Abschreibungen und der notwendigen Rückstellungen auf den wertmässig beträchtlich angewachsenen Warenbeständen, ferner nach Bestreitung der Aufwendungen für Sterbefallunterstützungen und Vergabungen zu wohltätigen Zwecken verbleibt ein Nettoüberschuss von Fr. 4,865,700.—. Dieses Ergebnis erlaubt, dem Reservefonds einen Betrag von Fr. 260,000.— zuzuweisen und an die Mitglieder eine Rückvergütung von 8½% auf die in den Einkaufsbüchlein eingetragenen Konsumationen auszurichten.

Die Durchschnittskonsumation pro Mitglied beträgt mit Einrechnung der nicht rückvergütungsberechtigten Einkäufe (Milch, Butter und Engrosbezüge) im Jahre 1942 *Fr. 1002.—.*

Ende des Berichtsjahres gehören 64,458 Mitglieder (Mitgliederfamilien) dem ACV beider Basel an, d.h. 91 % der im Wirtschaftsgebiet des Konsumvereins wohnenden Familien — eine gewiss schöne und erfreuende Zahl.

Das Vertrauen, welches die Mitglieder zu ihrer Konsumgenossenschaft haben, äussert sich nicht nur in den Umsatz-Zahlen, sondern zeigt sich ganz besonders auch in der Tatsache, dass sowohl das Obligationen-, wie auch das Depositenkapital zugenommen hat. Ersteres beträgt Franken 10,044,000.—, letzteres Fr. 15,799,800.—.

Im Jahre 1942 wurden bei 690 Sterbefällen in Mitgliederkreisen total Fr. 46,700.— Unterstützungen zugesprochen. Für Zuweisungen an verschiedene charitative Institutionen, an das Genossenschaftliche Seminar Freidorf, für Weihnachtsvergabungen und für Soldatenpäckli auf Weihnachten wurde die Summe von Fr. 55,000.— verausgabt.

Der ACV beider Basel hat im Jahre 1942 seine Aufgaben nach bestem Können erfüllt. Er war in den schwierigen Zeiten den Mitgliedern Helfer so gut es ging. Auch im Jahre 1943 wird er versuchen, den Mitgliedern weiter zu dienen und zu helfen, im Sinn und Geist der echten Genossenschaft. Ko.

Verschiedene Tagesfragen

Kommt die Zuckerfabrik in der Ostschweiz? * Bekanntlich sind von seiten der Landwirtschaft seit langem Bestrebungen im Gange, um neben der bisher einzigen Zuckerfabrik in Aarberg eine zweite solche Fabrik, wenn möglich in der Ostschweiz, zu errichten. Ein parlamentarischer Vorstoss hat bis jetzt allerdings nicht zum Ziel geführt, da sich Bundesrat Stampfli auf den Standpunkt stellt, die jetzige Fabrik genüge vollauf, um den Anfall der Zuckerrübenernte zu verwerten. Die Landwirtschaft ihrerseits macht jedoch geltend, dass der Zuckerrübenbau noch ausgedehnt werden könnte, vor allem in der Ostschweiz, wenn dort eine Fabrik zur Verfügung stünde. Die bisher ablehnende Haltung der Bundesbehörden hat die Ostschweizerische Vereinigung für Zuckerrübenbau nicht daran gehindert, die Frage weiterhin intensiv zu verfolgen. Im Einverständnis mit dem Eidgen. Volkswirtschaftsdepartement und mit finanzieller Unterstützung durch den Kanton Zürich, der hiefür einen Kredit von 25,000 Franken zur Verfügung stellte, wurde die Platzfrage für eine zweite Zuckerfabrik weitgehend abgeklärt. Als Standort kämen entweder das Glattal oder das untere Thurtal in Frage. Ins Auge gefasst wurde u.a. die Gegend um Schwerzenbach; es stellte

sich dann aber heraus, dass dort die Abwasserverhältnisse nicht genügen würden. Der Betrieb einer Zuckerfabrik ist eben nur mit grossen Wassermengen aufrechtzuerhalten. Es entstehen hier Abwassermengen, die denjenigen einer Stadt mit 200,000 Einwohnern gleichkommen. Eine solche Mehrbelastung mit Abwasser könnte die Glatt nicht ertragen. Besser löst sich die Abwasserfrage im unteren Thurtal, westlich von Andelfingen. Dagegen sind dort die Wasserbeschaffung und der Geleiseanschluss mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Für den Fabrikationsprozess müsste das Wasser aus dem dortigen Grundwasserstrom entnommen werden, da die Thur bei Hochwasser kein klares Wasser führt. Es werden nun ein eigentliches Bauprojekt und ein entsprechender Finanzierungsplan ausgearbeitet.

Die Ostschweizerische Vereinigung für Zuckerrübenbau weist in ihrem Jahresbericht darauf hin, dass die schweizerische Landwirtschaft auf eine vermehrte Zuckerrübenproduktion angewiesen ist, wenn auch nur ein Bruchteil der seit 1939 feststellbaren Mehranbaufläche in der Nachkriegszeit verbleibt. Diese Anbaufläche wird auf alle Fälle so gross bleiben, dass wir in der Nachkriegszeit neben der Kartoffel unbedingt auf eine zweite Hackfrucht angewiesen sind, um ganz schwerwiegende Absatzstockungen unserer Ackerbauerzeugnisse zu verhüten. Eine vermehrte Zuckerproduktion ist somit nicht nur eine kriegswirtschaftliche Forderung, sondern auch ein Bedürfnis in der Nachkriegszeit.

Ein neues Volksbegehren betr. Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit. Bereits vor einiger Zeit wurde in der Presse auf eine Initiative aufmerksam gemacht, die die sozialdemokratische Partei der Schweiz zu lancieren gedenkt. Nunmehr liegt der Text dieser Initiative vor. Er lautet: «Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizerbürger stellen hiermit, gestützt auf Artikel 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 27. Januar 1892 über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmung betreffend Revision der Bundesverfassung, folgendes Begehren:

Artikel 31, Absatz 1, der Bundesverfassung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

1. Die Wirtschaft des Landes ist Sache des ganzen Volkes.
2. Das Kapital ist in den Dienst der Arbeit, des allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieges und der Volkswohlfahrt zu stellen.
3. Der Bund ist befugt, die zu diesem Zweck erforderlichen Massnahmen in Aufbau und Organisation der nationalen Wirtschaft anzuordnen.
4. Die Existenz der Bürger und ihrer Familien ist zu sichern.
5. Das Recht auf Arbeit und deren gerechte Entlöhnung sind zu gewährleisten.
6. Die Arbeit ist in allen Zweigen der Wirtschaft zu schützen.
7. Zur Durchführung dieser Grundsätze und zum Zwecke der Verhütung von Krisen und Arbeitslosigkeit erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften, insbesondere über das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft.
8. Die Kantone und die Wirtschaftsorganisationen werden zur Mitwirkung herangezogen.

Aus dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Im Zusammenhang mit der Besprechung der Preis- und Lohnfrage und insbesondere der Preisstabilisierung bestätigte das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes die in der Ausschußsitzung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 27. November 1942 angenommenen Richtlinien, wobei unterstrichen wurde, dass sich die Preispolitik nicht lediglich im Sinne eines Lohnstops auswirken und vor irgendwelchen Massnahmen auf diesem Gebiete in erster Linie eine angemessene Angleichung der Löhne an die unverhältnismässig über ihnen stehenden Lebenskosten erfolgen müsste.

Nach Besprechungen eines Vorschlages des Verbandes schweiz. Postbeamten zwecks Gründung einer schweizerischen Postsparkasse ist die Teilnahme an einem Initiativkomitee zur Verwirklichung dieses zeitgemässen und auf das Volkswohl gerichteten Gedankens beschlossen worden.

Die zur Frage der Altersversicherung ausgearbeiteten Beschlüsse und Entwürfe, wozu sich neuerdings ein Projekt der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik gesellt hat, wurden zur Kenntnis genommen, und es wurde die Teilnahme an einem Initiativkomitee der letztern Organisation beschlossen. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit dem Genfer Komitee im Interesse der baldigen Verwirklichung dieser Reform fortgesetzt werden.

Volkswirtschaft

Ernährungswissenschaftliches vom täglichen Brot

(Mitteilungen der Eidgenössischen Kommission für Kriegsernährung.)

Wenn der Müller vor dem Kriege das Getreide zu Brotmehl vermahlte, dann entfernte er die äusseren Schichten der Getreidekörner und erhielt aus 100 Kilogramm Weizen 30 kg Abfall in Form von Kleie (Krüsch, Futtermehlen), bei der heute vorgeschriebenen Ausmahlung aber nur noch 8—10 kg. Das Getreide wird viel stärker ausgenützt. Das ist begreiflicherweise für unsere gegenwärtige Versorgungslage von allergrösster Bedeutung, weil wir trotz der grossen Fortschritte im Mehranbau noch bei weitem nicht genug Weizen und Roggen ernten können, um unsern Brotbedarf zu decken. Viele andere Länder sind ebenfalls vom Weiss- zum Schwarzbrot übergegangen, auch solche, die weit mehr Brotgetreide als wir in der Schweiz anpflanzen.

Bei einer weiteren Verschlechterung der Versorgung mit Getreide müsste das Brot vielleicht mit Kartoffeln gestreckt werden, sofern überhaupt ausreichende Quantitäten an Erdäpfeln, an die schon ausserordentliche Ansprüche gestellt werden, zur Verfügung stehen könnten. Bis heute wurde die Zubereitung des Kartoffelbrotes von einer vom Eidg. Kriegsernährungsamt eingesetzten Brotkommission gründlich bearbeitet, damit auf alle Fälle genügende Erfahrungen vorliegen.

So wichtig es ist, dass unsere Brotration nicht allzu klein werde, so darf doch nicht allein auf die Menge abgestellt werden; denn es kommt auch sehr darauf an, ob das Brot gehörig verdaut wird und ob die in ihm enthaltenen Nährstoffe vom Körper auch richtig ausgenützt werden.

Es wäre denkbar, dass die Verdauungsorgane, die so lange an das feine weisse Brot gewöhnt waren, sich nicht auf das grobe, dunkle oder mit Kartoffeln versetzte umzustellen vermögen: sie könnten vielleicht gar Schaden erleiden und grosse Verluste an wertvollen Nährstoffen verursachen. Es ist deshalb schon während des letzten Weltkrieges vorgeschlagen worden, lieber auf eine grössere Brotmenge zu verzichten und nur Weissbrot zu backen und die grossen Massen von Kleie (Krüsch) als Futtermittel zu verwenden und auf indirekte Weise — etwa als Schweinefleisch — der menschlichen Ernährung zuzuführen.

Um zu entscheiden, welches Verfahren das bessere sei, wurde deshalb im Schosse der Eidg. Kriegsernährungs-Kommission und des Eidg. Kriegs-Ernährungsamtes beschlossen, die Frage einer gründlichen ernährungswissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Diese wurde im Bürgerspital Basel durchgeführt, wozu sich 11 Medizinstudenten in verdankenswerter Weise als Versuchspersonen zur Verfügung stellten. Die Untersuchungen gehören zu den gründlichsten und vielseitigsten, die überhaupt bisher auf diesem Gebiete unternommen worden sind. Sie umfassten Weissbrot, das damals von der Eidg. Getreideverwaltung festgelegte Schwarzbrot und Kartoffelbrote mit verschiedenen, abgestuften Zusätzen von Kartoffeln.

Das Kartoffelbrot schmeckte sehr gut und war bekömmlich. Seine Verdaulichkeit und die Ausnutzung seiner Nährstoffe erwiesen sich als mindestens ebenso gut wie die des gegenwärtigen Brotes. Einer allfälligen Einführung steht somit von der ernährungswissenschaftlichen Seite her nichts im Wege.

Wenn aber das weisse mit dem dunkleren Brote verglichen wurde, dann stellte sich heraus, dass letzteres Magen und Darm etwas stärker belastete. Doch waren die Unterschiede klein und lagen innerhalb der Grenzen, die von der überwiegenden Zahl der magengesunden und sogar von vielen magenkranken Personen ertragen werden. Es muss hier auf die grosse Bedeutung der richtigen Herstellung und des gründlichen Ausbackens des Brotes hingewiesen werden, weil von diesen die Bekömmlichkeit und die Verdaulichkeit sehr stark abhängen.

Auf den ersten Blick schienen die Ergebnisse über die Ausnützbarkeit des wichtigsten Nährstoffes, des Eiweisses, sehr zu Gunsten des Weissbrotes zu lauten. Da das Brot mengenmässig uns am meisten Eiweiss von allen Nahrungsmitteln liefert, ist es für unsere Versorgung während des Krieges nicht gleichgültig, ob nur ein Teil oder das ganze des Eiweisses vom Körper aufgenommen werden kann, weil in verschiedenen Ländern Millionen von Leuten im letzten und im gegenwärtigen Weltkrieg aus Eiweissmangel schwersten Schaden an Leben und Gesundheit erlitten. Wenn wir aber berücksichtigen, dass bei der gegenwärtigen Ausmahlung auf 100 kg Getreide 20 kg mehr Mehl als bei der früheren erhalten wird, das ausserdem eiweissreicher ist als das weisse, so werden die etwas grösseren Eiweissverluste bei der Verdauung des dunkleren Brotes mehr als ausgeglichen.

So liefern uns 100 kg Getreide, alle Verdauungsverluste eingerechnet, als Weissbrot 10, als Schwarzbrot 11 kg Eiweiss. Der schliessliche Gewinn würde für die Eiweissversorgung von mehr als etwa 200,000 Leuten während eines ganzen Jahres reichen!

Die Kleie ist bei diesen Überlegungen nicht vergessen worden; sie wird den Rindern und Schweinen verfüttert und kommt der menschlichen Ernährung indirekt ebenfalls zugute. Doch gehen auf diesem Wege mehr als drei Viertel der Nährstoffe leider verloren.

Ähnliche Überlegungen gelten für die übrigen Nährstoffe. Trotzdem wir anstelle der gegenwärtigen Tagesration von 225 Gramm Vollbrot nur ungefähr 200 Gramm Weissbrot essen müssten, um dem Körper die gleichen Nährstoffmengen zuzuführen, wird das Getreidekorn auf dem Wege über das dunkle Brot viel besser als über das weisse ausgenützt.

Ganz gewaltige Unterschiede finden wir beim Vitamingehalt beider Brotarten, wie die ebenfalls in Basel im Physiologisch-chemischen Institut durchgeführten Versuche ergaben. In unserem Kriegsbrot ist vom Vitamin B_1 fünfmal mehr als im Weissbrot vorhanden. Da gerade das Brot die wichtigste Quelle für dieses Vitamin B_1 darstellt, sind wir gegenwärtig viel besser als vor dem Krieg versorgt.

Das dunkle Brot bietet auch noch manche weitere Vorteile. Es muss besser gekaut und gründlicher eingespeichelt werden als das weisse und fördert dadurch sicherlich die Ausbildung gesunder Zähne bei den Kindern.

Aus all diesen und andern Gründen unterstützt die Eidg. Kommission für Kriegsernährung die vom Eidg. Kriegsernährungsamt durchgeführten Massnahmen der Getreideausmahlung und der Brotversorgung. Sie hält es für wünschenswert, dass auch in Friedenszeit das Weissbrot in zunehmendem Mass durch Vollbrot ersetzt wird, womit der Volksgesundheit ein entschiedener Dienst geleistet würde.

Kurze Nachrichten

Neuordnung der Mahlvorschriften für Brotgetreide. Die Beimahlung von Roggen und Gerste musste wegen Schwindens der Vorräte an diesen Getreidearten von 10 % (ursprünglich 15 %) auf 5 % herabgesetzt werden. Qualität und Farbe des Backmehls sowie die allgemeinen Ausbeutevorschriften für das Brotgetreide erfahren keine Änderung.

Die Brotrationierung wirkte sich in einer gewissen Verringerung der gesamten Brotgetreidevermahlung aus. Entsprechend ging auch die Erzeugung von Weissmehl und Kochgriess etwas zurück. Die Beschränkung der Beimahlung von Roggen und Gerste auf 5 % gestattet nun, ohne Veränderung der Backmehlqualität 2 % Weissmehl und Kochgriess mehr auszuziehen als bisher. Infolge dieser Anordnung sollte es in Zukunft möglich sein, neben der Deckung des Bedarfes der Kranken und Kinder auch die privaten Haushaltungen ungefähr im bisherigen Verhältnis mit Weissmehl und Kochgriess zu bedienen.

Der Rohstoffmangel macht sich geltend. Wegen des Mangels in Drahtmaterial konnte mit der Ausdehnung der Fahrleitungsanlagen im Güterbahnhof Genf nicht weitergefahren werden.

Praktische Vorschläge zur Lösung des Problems der Landflucht. Zur Frage der Landflucht richtete die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft kürzlich Eingaben an den Bundesrat, die Kantone und Städte und an die schweizerischen Arbeitgeberverbände. Sie ersuchte darin, der Landflucht durch Massnahmen der Wohnungs-, Steuer- und Verkehrspolitik entgegenzuwirken. Erstere bestehen in der Schaffung schöner und billiger, besonders aber für Familien geeigneter Wohngelegenheiten auf dem Lande, in der Errichtung von Stadtrandsiedlungen mit weitgehender Möglichkeit zur Selbstversorgung und in der Erstellung von Betriebswohnungen auf dem Lande. Die Erstellung von Betriebswohnungen sollte durch eine verständnisvolle Praxis bei der Steuereinschätzung unterstützt werden. Als verkehrspolitische Massnahme wurde angeregt, es möchten zwischen den Städten und ihrer weiteren Umgebung Tram-, Auto- und Trolleybuslinien eingerichtet werden, damit die in der Stadt erwerbstätigen Personen in vermehrtem Masse auf dem Lande wohnen können. Die Arbeitgeber wurden speziell auch auf die Dezentralisierung der Industrie hingewiesen.

Die Genossenschaft in der Industrie. * Die schweizerische Zwirnerei-Genossenschaft mit Sitz in St. Gallen bezweckt die Wahrung und Förderung der Interessen ihrer Mitglieder und derjenigen der Zwirnfabrikation sowie des Zwirnhandels im allgemeinen durch Schaffung einheitlicher Verkaufs- und Zahlungsbedingungen, Festlegung von Kalkulationsgrundsätzen für Fabrikation und Handel, Lenkung der Produktion und des Verkaufs, Festlegung von Normierungen und durch Massnahmen anderer Art, welche einer Gesunderhaltung der Zwirnfabrikation sowie des Zwirnhandels dienen können. Sie macht ihren Mitgliedern einwandfreies Geschäftsgebaren und angemessene Anstellungsbedingungen für die Arbeiterschaft zur Pflicht. Sie sieht auch die Förderung sozialer Institutionen der Zwirnereiindustrie allein oder in Zusammenarbeit mit andern Unternehmerorganisationen vor. Die Genossenschaft kann andere gleichartige oder ähnlich geartete wirtschaftliche Organisationen oder Firmen des In- und Auslandes als Genossenschaftsmitglied oder als Fachgruppenmitglied aufnehmen und mit solchen fusionieren oder Tarif- und Gegenseitigkeitsverträge abschliessen.

Einheimisches Speiseöl. Aus Unterstammheim (Zürich) wird berichtet, dass die dortige Öle in diesem Winter aus verschiedenen Ölfrüchten nicht weniger als 14,000 Liter Speiseöl gepresst hat.

Umwandlung der Sonnenwärme in Elektrizität. * Nach eingehenden Versuchen beabsichtigt der französische Ingenieur Barbey mit Unterstützung der französischen Regierung in der Wüste Sahara die bedeutenden Unterschiede zwischen Tages- und Nachttemperatur zur Erzeugung von elektrischer Energie auszuwerten. Barbey hat berechnet, dass ein Quadratmeter Boden in der Sahara täglich durch die Sonne einen Wärmewert empfängt, der der Wirkung von einem halben Kilogramm Kohle entspricht. Wenn das Vorhaben Barbeys gelingt, steht die Welt vor einer ungeahnten Entwicklung hinsichtlich der Ausnützung der Sonnenwärme.

Obstkühlhaus Langenthal im Jahre 1942. Die bisherigen Lagerhalter haben vom beanspruchten Lagerraum soviel verlangt, dass die Nachfrage nicht befriedigt werden konnte. Zu Beginn des Jahres 1942 betrug der Lagerbestand 117 Wagen zu 330 Harassen; die letzte Auslagerung fand am 15. Juli, die erste Einlagerung aus neuer Ernte am 8. August statt. Bis Jahresende gingen 245 Wagen ein und 120 Wagen aus, der Lagerbestand auf Ende 1942 betrug 125 Wagen zu 330 Harassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnet bei Franken 108,200.— Einnahmen, worunter Fr. 25,300.— Betriebseinnahmen und Fr. 82,900.— Lagermieten, sowie Fr. 88,000.— Aufwendungen, worunter Fr. 43,100.— Betriebsausgaben, Fr. 4100.— Ausgaben für Zinsen, Fr. 8800.— Steuern und Fr. 30,000.— Abschreibungen, einen Reingewinn von rund Fr. 20,200.—, der u. a. zu einer Dividende von 4 % netto an das Aktienkapital von Fr. 300,000— verwendet wird.

Aus der Praxis

Gefahr in nichtrationierten Würsten

* Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement hat eine Verfügung erlassen, die eine Abänderung der bestehenden Fleischverordnung vorsieht in dem Sinne, dass zur Herstellung von Würsten inskünftig bloss Fleisch von schlachtbaren Haustieren verwendet werden darf. Zur Herstellung von Wurst darf also Fleisch von Kaninchen, Geflügel, Fischen, Wildbret, Krusten- und Weichtieren, Fröschen und Schildkröten nicht verwendet werden. Infolge der Fleischrationierung und der Verknappung an Schweinefleisch machten sich seit einigen Wochen Bestrebungen geltend, nichtrationiertes Fleisch in die Wursterei einzubeziehen und damit punktfreie Waren herzustellen. Die betreffenden Produkte erwiesen sich allgemein als sehr leicht verderblich. Die ungenügende Haltbarkeit erklärt sich u. a. daraus, dass sich das Fleisch der erwähnten Tierarten in der Regel im Vergleich zu demjenigen der schlachtbaren Haustiere ohnehin als weniger haltbar erweist. Dies trifft vor allem zu für Fische und Wildbret. Die ungenügende Haltbarkeit derartiger Würste bildet für die Gesundheit der Konsumenten eine nicht zu unterschätzende Gefahr, die sich namentlich während der warmen Jahreszeit noch erhöhen würde.

Kürzlich fand in Bern mit Vertretern der hauptsächlich interessierten Verbände eine Sitzung statt, an der die Frage der Herstellung von Würsten unter Mitverwendung von Fleisch von Kaninchen, Geflügel usw. besprochen worden ist. Die Teilnehmer wiesen darauf hin, dass auch vom Standpunkte der Versorgung aus deshalb kein Interesse an derartigen Würsten bestehe, weil sie des hohen Preises wegen bloss von der besserbemittelten Bevölkerung gekauft werden könnten, was bei den übrigen Schichten Unzufriedenheit auslösen würde. Ausserdem sei die Verwendung derartigen Fleisches in der Wursterei geeignet, die Nachfrage nach Kaninchen und Geflügel zu vermehren und damit die schon hohen Preise noch einmal zu steigern. Im übrigen wären die Produkte dazu angetan, die Bevölkerung zu täuschen, indem es kaum möglich sein würde, Würste einzig aus Kaninchenfleisch bzw. Geflügelfleisch und dgl. herzustellen. Aus den dargelegten Gründen erhellt, dass sowohl aus hygienischen Gründen wie namentlich auch im Interesse einer geordneten Fleischversorgung ein Verbot der Verwendung von Fleisch der in Frage stehenden Tierarten in der Wursterei als notwendig erscheint.

Bildungs- und Propagandawesen

Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel

In die Berichtswoche fällt die Gründung je eines Zirkels in **Genf** und in **Bern**. Bei Genf handelt es sich um einen zweiten, insbesondere für Anfänger gedachten Zirkel in englischer Sprache. Der Berner Zirkel umfasst Mitglieder der Filialgemeinde Ostermundingen. Genf zählt nun mit 12 Zirkeln genau gleich viel wie die bisher führende Stadt der Welschschweiz, Lausanne. Die Zahl der Berner Zirkel erreicht 5. Eine für die laufende Woche zu erwartende weitere Gründung wird sie — für diesen Winter wohl endgültig — auf 6 bringen. Mit den beiden neuen Zirkeln stellt sich die Gesamtzahl nun auf 160. Davon entfallen 93, d. h. genau gleich viel wie am Ende des Winters 1941/42, auf die deutschsprechende, 66 auf die französischsprechende und 1 auf die italienischsprechende Schweiz.

Windisch sieht infolge der vorgerückten Jahreszeit für den Augenblick von der Gründung eines Zirkels ab, will dagegen im nächsten Winter einen Versuch machen.

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen des Verbandsvereins in **Vevey**, der in kurzem sein fünfzigstes Lebensjahr vollendet haben wird, sprach Herr M. Boson, Sekretär des Kreisverbandes I des V. S. K., auf Einladung des Studienzirkels Villeneuve und auf Einladung des Studienzirkels Vevey über «Das genossenschaftliche Wochenblatt», innerhalb der Genossenschaftlichen Jugendgruppe **La Chaux-de-Fonds** Herr R. Schmitt, Sekretär des Kreisverbandes II, über «Genossenschaft und Jugend».

In der Lokalauflage **Neuenburg** von La Coopération erlässt der bereits erwähnte Sekretär des Kreisverbandes II einen Aufruf zu Gunsten der Gründung einer Genossenschaftlichen Jugendgruppe.

Schliesslich finden wir einen nochmaligen Aufruf zur Mitwirkung an den Arbeiten des Genossenschaftlichen Studienzirkels in der Lokalauflage **Herisau** des Genossenschaftlichen Volksblattes. h.

Konsumgenossenschaftlicher Frauenbund

Mitteilungsblatt Nr. 51

Die K. F. S.-Zeitung soll inskünftig allmonatlich herauskommen. In der letzten Nummer wird über die Zusammenkunft der deutschschweizerischen Präsidentinnen berichtet. Zum Thema «Einseitiger Frauenstandpunkt» äussert sich eine Vertreterin der Frauenbewegung. Im französischen Teil erzählt eine Leiterin von genossenschaftlichen Kindergruppen von ihren Erfahrungen und gibt wertvolle Ratschläge zur Vermeidung von Fehlern bei Neugründungen solcher Gruppen. Gr.

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen

An Umsatzangaben sind uns folgende zugekommen:

	1942	1941
Bulle	670,100.—	566,200.—
Monte	38,700.—	36,800.—
Olten	5,703,500.—	5,716,600.—
Pieterlen	440,000.—	407,000.—

In der französischsprechenden Sektion des Genossenschaftlichen Frauenvereins **Biel** sprach Herr Ch.-H. Barbier, Redaktor der «La Coopération», über «Der Genossenschafter und die Erziehung des Kindes». Die Frauenkommission **Chur** hat ihre beliebten Frauenabende wieder aufgenommen. An einer vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein einberufenen Volksversammlung in **Kriegsstetten** werden Herr Alban Müller, Verwalter des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes in Olten, und Herr Dr. H. Mühlemann, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Departementes Presse und Propaganda des V. S. K., ihren Standpunkt zum Thema «Stadt und Land» darlegen. Herr Dr. Pritzker, Vorsteher des V. S. K.-Laboratoriums, wird in Versammlungen der Konsumgenossenschaftlichen Frauenvereine **Lyss** und **Wetzikon** Aufklärung über die «Ersatzstoffe» geben. An Filmvorführungen sind folgende vorgesehen: In **Mörel** ein nicht näher bezeichneter Genossenschaftsfilm, in **Papiermühle** der Reisekassenfilm und in **Schaffhausen** (in Verbindung mit der Arbeiterbildungszentrale) «Landammann Stauffacher», sowie an der Generalversammlung des dortigen Genossenschaftlichen Frauenvereins der Film der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft «Gesunde Familie — gesunde Schweiz» mit einem Referat von Herrn Oser. Die Frauengruppen in **Vevey-Montreux** veranstalteten zwei Vorträge von Frl. Elisabeth Huguenin über «Schwierige Kinder», sowie in Montreux einen Vortrag über Restenverwertung von Frau A. Perrin.

Die Seite der Ehemaligen

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR, STIFTUNG VON BERNHARD JAEGGI

Liebe Ehemalige,

Durch die Erfahrung im Unterricht, aber auch durch Beobachtungen aus der Praxis kann ich immer wieder feststellen, dass Rechnungsfehler in Fakturen oder Inventarbogen sehr oft nicht einem Lapsus in der Anwendung der Grundrechnungsarten, sondern mangelndem Denken und ungenügender Kontrolle zuzuschreiben sind. Ich habe mir da einige typische Beispiele notiert:

32 Lineale zu Fr. —.20 per Stück	= Fr. —.64
0.7 m Band zu Fr. —.45 per m	= Fr. 3.15
3 Dutzend Bleistifte zu Fr. —.15 p. Stück	= Fr. —.45

Es gibt Verkäuferinnen, die mehrmals über solche Fehler hinwegstolpern und sich dann wundern, wenn ihr Inventar nicht stimmt. Nicht wahr, es hat gar keinen Sinn, dass man sich allein auf sein unfehlbares Einmaleins verlässt, wenn man dabei den Denkapparat ausschaltet. Das viele Multiplizieren, z. B. beim Aussetzen der Inventarbeträge, verleitet leicht zum mechanischen Rechnen, unter Ausschaltung der richtigen Grössenvorstellung bezüglich der gegebenen Zahlen und Resultate. Dies ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr, der jede Verkäuferin begegnen muss. Ja aber wie, werdet Ihr fragen? Mit dem allgemeinen Hinweis, dass man eben den Kopf bei der Sache haben müsse, ist der Gefahrenherd nicht beseitigt. Es mögen deshalb einige praktische Ratschläge folgen.

Für die Kontrolle einer Rechnung stehen uns bekanntlich drei Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Das nochmalige Rechnen,
2. die Probe,
3. die Schätzung.

In der Praxis ist ein nochmaliges Rechnen von Fakturen oder Inventarien nur sinnvoll, wenn die Kontrolle von einer anderen Person durchgeführt wird. Aus diesem Grunde wird das Inventar jeweils mit einem Durchschlag ausgefertigt und von zwei verschiedenen Personen ausgerechnet. Dadurch können Fehler entdeckt und behoben werden. Dieses Vorgehen darf aber keine verantwortungsbewusste Verkäuferin dazu verleiten, das Originalinventar nur flüchtig auszurechnen. Im Gegenteil, es sei ihr Stolz, bei der Nachprüfung des Rechnungsergebnisses den Beweis sorgfältigen und gewissenhaften Rechnens leisten zu können. Wo kommen nun nach meiner Erfahrung die meisten Fehler vor, und wie vermeidet man sie? Wir sehen hier von Fehlern bei der Inventaraufnahme ab (falsche Preise, doppeltes Zählen usw.) und beschränken uns auf das Rechnerische und das eng damit Zusammenhängende.

1. Deutliche Zahlen, Vermeidung von schwer lesbaren Korrekturen (Überschreiben) und sorgfältiges Untereinanderschreiben sind Vorbedingungen für eine richtige Addition der Beträge.
2. Vor der Addition jeder Seite kontrolliere man zuerst, ob alle Multiplikationen in der Betragskolonne eingetragen sind.
3. Addiere jede Seite zweimal, einmal von unten nach oben, das zweite Mal von oben nach unten. Merke die behaltenen Reste an!
4. Nach der Addition sollen die grössten Einheiten, z. B. die Tausender oder Hunderter, im Kopf rasch zusammengezählt werden (Schätzung). Oft wird bei der Addition der grössten, also wichtigsten Stellen die oberste Hundert- oder Tausendzahl vergessen!
5. Kontrolliere die übertragenen Additionen auf der Zusammenfassung (Rekapitulation). Häufigster Fehler: 487.50 wird als 478.50 übertragen.
6. Kommafehler bei den Multiplikationen. Solche Fehler werden oft durch nochmaliges Rechnen einer Person übersehen. Hier helfen nur die Verbindung der richtigen Zahlenvorstellung von Preis und Menge und die Schätzung.

Wer diese sechs Punkte genau beachtet, wird grobe Rechnungsfehler weitgehend ausschalten können. Ein besonderes Kapitel bildet die in Punkt 6 erwähnte Schätzung von Multiplikationen. Darauf werde ich im nächsten Brief zu sprechen kommen.

Mit genossenschaftlichen Grüssen

Euer *A. Stadelmann.*

Wer Zeit gewinnen will,

braucht sie nicht etwa der Arbeit, nicht der Familie, nicht der Erholung und nicht guten Freunden wegzunehmen.

Er darf aber als Zeitverlust nicht nur den ihm offensichtlichen unproduktiven Leerlauf des Tages zählen, sondern z. B. auch das durch falsche Arbeitseinstellung, schlechte Arbeitstechnik und durch Ermüdungserscheinungen bedingte zu lange Krampfen an einer Arbeit. Die während Ermüdungszeiten geleistete Arbeit braucht das Drei- und Mehrfache an Zeit und Kraft.

Die Kunst, Zeit zu haben, ist auch die Kunst, Pausen einzuschalten. Zeiten der Erholung, Zeiten der Ruhe und der Stille.

Emil Oesch.

Mehr anbauen oder hungern?

MEHRANBAU-AKTION DES VSK UND DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

Tempo bei den Aargauer Konsumgenossenschaften

Ende Januar 1943 erging seitens des V. S. K.-Mehranbausekretariats an die aargauischen Konsumgenossenschaften der Appell, ein Gemeinschaftswerk zu gründen. Der Appell wurde von 21 Vereinen beantwortet. Der Kreisvorstand beschloss hierauf, auf den 21. Februar eine Vorständekonferenz nach Aarau einzuberufen. An dieser waren 29 Vereine mit 50 Delegierten vertreten. Das Resultat der Beratungen war die Gründung eines

Anbauwerkes der aargauischen Konsumgenossenschaften in Ittenthal (A. K. I.).

Das Tagesreferat hielt Herr Ensner, Leiter des V. S. K.-Mehranbausekretariates. Er führte unter anderem aus:

«Wenn das Mehranbau-Sekretariat ein Gemeinschaftswerk anregte, so tat es dies aus der Sorge heraus, durch eine gewaltige Anstrengung der Konsumgenossenschaften unser Volk und Land über einen vor uns stehenden düsteren Zeitabschnitt hinüberzuretten.

Wir haben bereits ein grosses Areal von rund 8 Hektaren im «Homberg» am Frickberg in der Gemeinde Ittenthal besichtigt. Die Lage, sowie die Bodenverhältnisse sind als gut anzusprechen. Für die Bearbeitung müssen wir die Mitglieder als Träger gewinnen. Es darf nicht die ganze Arbeit auf die Schultern der Herren Verwalter abgeladen werden.

In allen Genossenschaften sollten zur Gewinnung von freiwilligen Mitarbeitern Versammlungen mit Lichtbildervorträgen durchgeführt werden. Referenten und Lichtbilder stellt der V. S. K. kostenlos zur Verfügung. Die Ladenlokale und Schaufenster sind ebenfalls auf die Mitarbeitergewinnung einzustellen.»

Der anfeuernde Appell zu freudiger Mitarbeit wurde willig und begeisternd aufgenommen. So betonten Votanten von grösseren und kleineren Genossenschaften des Kreises V:

«Es sollte versucht werden, die aargauischen Konsumvereine restlos für das Gemeinschaftswerk zu gewinnen. Wir sind das dem Ansehen der Genossenschaftsbewegung schuldig.»

«Die Genossenschaften des Kantons müssen positiv zum vorgeschlagenen Anbauwerke Stellung nehmen. Wir sind moralisch verpflichtet, im Rahmen der Mehranbauaktion des V. S. K. eine Tat zu vollbringen.»

«Unsere Genossenschaft sieht vor, ihrem Personal durch zusätzliche Ferien eine intensive Mitarbeit im Gemeinschaftswerk zu ermöglichen.»

«Ich bin mit grossem Pessimismus hierher gekommen, aber ich bin angenehm überrascht. Die Vorarbeit ist derart, dass wir alle positiv mitmachen müssen. Ich erkläre heute schon, dass ich meine 14 Tage Ferien restlos dem Anbauwerk zur Verfügung stelle. Es ist ein grosses Glück, dass uns die Möglichkeit geboten wurde, ein derart umfangreiches Landstück zu pachten. Obwohl ich selber genügend anbaue und landwirtschaftlich tätig bin, stelle ich mich der guten Sache wegen zur Verfügung. — Ich ersuche den Kreisvorstand, alles daran zu setzen, um die notwendigen Schritte zu unternehmen, dass auch der Golfplatz Schinznach endlich unter den Pflug kommt. Es ist nicht gerade erhebend, dass wegen einiger Herren bei dem grossen Landmangel sozusagen 3 Hektaren gutes Land nicht angebaut wird.»

«Wir haben nicht nur mit allen Mitteln den Besuch der Wanderausstellung gefördert und finanziert, sondern wir haben auch bereits letztes Jahr unserem Personal Land besorgt und haben neuerdings über 2 Hektaren Rodungs- und Sumpfareal gepachtet, was uns bis zum Schlusse ein schönes Stück Geld kosten wird. Wir haben also weit über unsere Pflicht hinaus der Sache gedient. Trotzdem wollen wir im Vorstande positiv die Frage der Mitwirkung am Gemeinschaftswerke der aargauischen Konsumgenossenschaften prüfen.»

«Wir müssen alle aargauischen Vereine für das Anbauwerk gewinnen. Wir sind bereit, unseren Anteil an die notwendigen Finanzen ohne weiteres zur Verfügung zu stellen.»

«Wir haben 80 Aren Land zur Bebauung gekauft. Aus diesem Grunde hätten wir eine Beteiligung am gemeinschaftlichen Anbauwerke ablehnen müssen. Nachdem nun jedoch alle Vereine mitmachen werden, wollen wir selbstverständlich auch dabei sein.»

In der Abstimmung, die Kreispräsident Schmid vornahm, erklärten sich 24 Vereine bereit, am Gemeinschaftswerk mitzuarbeiten, während fünf Vereine grundsätzlich ebenfalls zustimmten, sich jedoch die definitive Stellungnahme des Vereinsvorstandes vorbehielten.

Auch eine Mehranbaukommission wurde bestimmt, in der die Herren Verwalter Bolliger, Brugg, als Präsident, Gemeindeammann Graf, Menziken, als Kassier und Verwalter Horlacher, Aarau, als Aktuar fungieren werden. Zwei weitere Mitglieder werden noch bestimmt werden. Als beratendes Mitglied wirkt der Mehranbau-Sekretär des V. S. K. mit.

*

Die aargauischen Vereine haben mit einem wahrhaft beispielhaften Elan die Konsequenz aus dem Gebot der Stunde gezogen. Diese Bereitschaft trifft man nicht überall. Ja es gibt Orte, wo man sich mit einer Unbekümmertheit durch die Zeit hindurchlebt, die fast an Verantwortungslosigkeit grenzt. Und wie spitzen sich doch von Tag zu Tag die Verhältnisse zu! Glauben vielleicht jene «Optimisten» an ein baldiges Kriegsende? Sie könnten furchtbar enttäuscht werden.

Wir haben allen Grund anzunehmen, dass uns ein weiterer Kriegswinter bevorsteht, eine weitere Erschwerung der Zufahrtsverhältnisse, weitere Einschränkungen aller Art. Seien und bleiben wir nüchtern! Vereinigen wir deshalb unsere Kraft, um einen Höchstertrag auch dieses Jahr aus unserem Boden zu gewinnen. Mit der gleichen Entschlossenheit, wie bei den aargauischen Konsumgenossenschaften, gilt es für sämtliche V. S. K.-Genossenschaften, handanzulegen und zum Wohle des Schweizervolkes für den kommenden, voraussichtlich viel schwereren Winter vorzusorgen.

Versammlungskalender

Sonntag, den 28. Februar 1943.

Kreisverband VI (Urkantone, Luzern und Zug): Ausserordentliche Kreisversammlung in Luzern, im Hotel Volkshaus. Beginn vormittags 10.30 Uhr. Referenten: Herr Dr. Gysin, Luzern, Herr E. Ensner, Leiter des Mehranbausekretariates des V. S. K., Basel.

KONSUMGENOSSENSCHAFTLICHER FRAUENBUND DER SCHWEIZ (K. F. S)

Einladung zu den Frauenkreisversammlungen

Herisau: 7. März, Hotel Landhaus. Beginn: 10 Uhr vormittags.
Referent: Herr E. Ensner, Mehranbausekretariat des V. S. K.
Sektionen: Arbon, Frauenfeld, Herisau, Kreuzlingen, Sirnach, Weinfelden. Genossenschafterinnen von Romanshorn.

Horgen: 7. März. Alkoholfreies Volkshaus zur Windegg. Beginn: 14.00 Uhr.
Referent: Herr Dr. H. Mühlemann, V. S. K., Basel.
Sektionen: Chur, Horgen, Schaffhausen, Rüti, Uetikon, Uster, Wetzikon, Winterthur, Zürich.

Gränichen: 14. März, Gasthof zum Bad. Beginn: 13.30 Uhr.
Referent: Herr Dr. H. Mühlemann, V. S. K., Basel.
Sektionen: Aarau, Basel, Fahrwangen, Freidorf, Gränichen, Kölliken, Lenzburg, Möhlin, Rupperswil, Erstfeld, Luzern.

Oberburg: 14. März, Gasthof zum Bären. Beginn: 13.45 Uhr.
Referent. Herr E. Ensner, Mehranbausekretariat des V. S. K.
Sektionen: Bern, Biel, Burgdorf, Gümligen, Ins, Langenthal, Leissigen, Lyss, Oberburg, Worb. Genossenschafterinnen von Thun-Steffisburg, Huttwil und Roggwil.

Traktanden für alle Versammlungen:

1. Begrüssung und Bestimmung der Protokollführerin.
2. Protokoll der letzten Frauenkreisversammlung.
3. Referat: «Die Leistungen der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung im Mehranbau» (mit Lichtbildern).
4. Kurze Berichterstattung über die Tätigkeit des K.F.S. und der einzelnen Sektionen.
5. Allgemeine Umfrage.

Das Büro des K. F. S.

SCHWEIZERISCHE GENOSSENSCHAFT FÜR GEMÜSEBAU

Einladung zur 25. Generalversammlung

auf Samstag, den 27. März 1943, vormittags 9.30 Uhr, im Verwaltungsgebäude des V. S. K., Thiersteinerallee 14, Basel.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der vierundzwanzigsten Generalversammlung vom 28. März 1942.
2. Jahresbericht und Jahresrechnung.
3. Wahl der Kontrollstelle (zwei Rechnungsrevisoren und ein Ersatzmann).
4. Verschiedenes.

Der Präsident der Verwaltung
Dr. L. Müller.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER CHEFBUCHHALTER SCHWEIZERISCHER KONSUMVEREINE

Einladung zur 9. Zusammenkunft

Samstag und Sonntag, den 6. und 7. März 1943, in Biel.

Samstag, den 6. März 1943,

nachmittags 3—4 Uhr: Treffpunkt: Hotel Volkshaus, Bahnhofstrasse 11, Biel;

nachmittags 4 Uhr: Beginn der Sitzung im Unionssaal des Hotel Volkshaus Biel.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll.
2. Mutationen.
3. Mitteilungen.
4. Vortrag von M. Jean Aubry: «L'organisation de la comptabilité à Porrentruy».

Sonntag, den 7. März 1943,

vormittags 9 Uhr: Ordentliche Generalversammlung im Hotel Volkshaus Biel.

TRAKTANDEN:

die statutarischen.

Der Präsident: O. Temperli.

N. B. Anmeldungen für Zimmer sind an Herrn Adolf Riesenmey, Konsumgenossenschaft Biel, zu richten.

GENOSSENSCHAFTLICHE ZENTRALBANK

Einladung zur ordentl. Delegiertenversammlung

Gemäss den Bestimmungen der Statuten werden die Delegierten der in § 8, I, der Statuten erwähnten Mitglieder sowie in der Vorversammlung gewählten Delegierten der Mitgliederkategorie gemäss § 8 II der Statuten zur Teilnahme an der ordentlichen Delegiertenversammlung auf **Samstag, den 6. März 1943, 14 Uhr, in den grossen Saal des Genossenschaftshauses im Freidorf bei Basel,** höflich eingeladen.

Als **Traktanden** sind vorgesehen:

1. Protokoll der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 14. März 1942.
2. Entgegennahme des Geschäftsberichtes, Abnahme der Jahresrechnung per 31. Dezember 1942. Beschlussfassung über die Verzinsung der Anteilscheine und die Verwendung des weitern Betriebsüberschusses, sowie Dechargeerteilung an die Verwaltung.
3. Wahl der Verwaltung.
4. Wahl der Kontrollstelle.

* * *

Sodann werden die Mitglieder gemäss § 8 II der Statuten zu einer

Vorversammlung

auf Samstag, den 6. März 1943, 13.30 Uhr, in den Vortragssaal des Genossenschaftshauses, I. Stock, Freidorf bei Basel, eingeladen.

Als **Traktandum** für diese Versammlung ist vorgesehen:

Wahl der Delegierten der Mitgliederkategorie gemäss § 8 II der Statuten für die am 6. März 1943, 14 Uhr, im Genossenschaftshaus Freidorf stattfindende ordentliche jährliche Delegiertenversammlung.

Basel, den 19. Februar 1943.

Im Namen der Verwaltung,
Der Präsident: B. Jaeggi.
Der Sekretär: H. Küng.

Einladung zur ordentlichen Frühjahrshauptversammlung

auf Sonntag, den 14. März, vormittags 9.30 Uhr, im Restaurant «Du Pont» in Zürich (beim Hauptbahnhof).

TRAKTANDEN u. a.:

Berichte: a) des Präsidenten; b) des Kassiers; c) der Revisoren; d) des Aktuars und Redaktors.

Wahlen des Vorstandes.

Die Brotrationierung und ihre Auswirkungen.

Anträge und Vorschläge für die Wahlen sind bis spätestens 5. März 1943 an den Präsidenten, Kollege Walter Staude, Konsumbäckerei, Feuerthalen, einzureichen.

Der Vorstand.

Schuh-Coop

Sitzung der Verwaltung

Die Verwaltung behandelte Sonntag, den 14. Februar 1943, unter dem Vorsitze von Herrn Dir. O. Zellweger Jahresbericht und Jahresrechnung über das Jahr 1942 und genehmigte sie zur Weiterleitung an die Sonntag, den 21. März 1943, 10.30 Uhr im Freidorf stattfindende Delegiertenversammlung, deren Traktanden festgelegt wurden.

Die Schuh-Coop hat auch im abgelaufenen Jahre ihren Abnehmern namhafte Vorteile zu bieten vermocht, und das vorliegende Ergebnis darf als befriedigend angesehen werden. Die Verwaltung schlägt der Delegiertenversammlung vor, wie bis anhin das Anteilscheinkapital mit 5 % zu verzinsen, dem Personal unter den bisherigen Voraussetzungen 5 % des Lohnes von 1942 auf die bestehenden Depositen-Büchlein bei der Genossenschaftlichen Zentralbank gutzuschreiben und dem Genossenschaftlichen Seminar Fr. 10,000.— zuzuweisen.

Die Verwaltung nahm sodann einen Bericht der Direktion zur Lage entgegen. Im Vordergrunde steht das Problem der Rohmaterialienbeschaffung, von dessen Lösung unsere künftige Versorgung mit zweckmässigen Schuhen, aber auch die Beschäftigung des Personals wesentlich abhängen.

Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MESK)

Sitzung der Verwaltung

Zur Behandlung der ordentlichen Jahresgeschäfte trat die Verwaltung der M. E. S. K. Samstag, den 6. Februar 1943 in Basel unter dem Vorsitz des Herrn Dr. L. Müller zu einer Sitzung zusammen.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die derzeitigen Verhältnisse auf dem Milchmarkte und die gegenwärtigen Produktionsbedingungen. Auch die Frage der Anpassung der Verschleisspanne an die veränderten Verhältnisse wurde kurz diskutiert.

Bericht und Rechnung pro 1942 fanden zu Handen der Delegiertenversammlung Genehmigung. Für die Verzinsung der Anteilscheine ist wiederum ein Zinssatz von 4 % vorgesehen.

Die Delegiertenversammlung wurde auf Sonntag, den 21. März 1943 ins Restaurant zur Markthalle, in Basel, anberaumt.

Verbandsdirektion

1. Der Kreisverband VIII hat seine Frühjahrskonferenz auf Sonntag, den 16. Mai 1943, in Speicher festgesetzt: und der Kreisverband V die seine auf Sonntag, den 9. Mai in Zofingen.

2. Das Mehranbausekretariat des V. S. K. für die welschen Verbandsvereine (Herr G. Bachmann) ist auf 15. Februar 1943 nach Lausanne verlegt worden. Korrespondenzen sind zu richten an: Mehranbausekretariat V.S.K., Beaulieu 9, Lausanne (Tel. 34341).

Für die deutschsprachigen Vereine ist das Mehranbausekretariat weiterhin in unserem Verwaltungsgebäude, Thiersteinerallee 14, Basel (Tel. 23850), erreichbar.

3. Die Aufstellung über die Zuteilung der Gratisferienwochen vom 13. Februar 1943 bis 12. Februar 1944 in den Coop Ferienheimen Weggis und Jongny ist nun im Druck erschienen und ist den Verbandsvereinen zugestellt worden.

4. Nachdem die Lohnausfallentschädigung an Wehrmänner laut Beschluss des Bundesrates mit Wirkung ab 1. Februar 1943 eine Erhöhung erfahren hat, hat die Verbandsdirektion in Anpassung an diese Erhöhung beschlossen, die freiwillige Entschädigung des V. S. K. während des Militärdienstes (Differenz zwischen gesetzlicher Lohnausfallentschädigung und vollem Gehalt) ebenfalls zu erhöhen, und zwar ab 1. Februar 1943 wie folgt:

80 % an verheiratete Wehrmänner (bish. 70 %),
40 % an ledige Wehrmänner (bish. 35 %).

Staatliche und freiwillige Lohnausfallentschädigung sowie eventuelle Wehrmannsunterstützungen sollen jedoch 90 % des Arbeitslohnes nicht übersteigen. Ueberdies erhalten die im Militärdienst sich befindlichen Angestellten die seinerzeit beschlossene monatliche Teuerungszulage (für Verheiratete Fr. 70.— und für Ledige Fr. 40.— pro Monat) voll ausbezahlt.

5. Verschiedene Verbandsvereine haben von der *Schweiz. Patenschaft für bedrängte Gemeinden* in den letzten Tagen ein Zirkular erhalten mit der Aufforderung, bei der Schweiz. Patenschaft für bedrängte Gemeinden die Mitgliedschaft zu erwerben.

Wir möchten die Empfänger dieses Zirkulares darauf aufmerksam machen, dass als Sektion der genannten Organisation die Patenschaft Co-op besteht, die aus Kreisen der Konsumvereine und des V. S. K. gebildet worden ist. Wer Mitglied der Patenschaft Co-op ist, hat deshalb kein Interesse daran, die Mitgliedschaft der Schweiz. Patenschaft zu erwerben, da er dieser Organisation über die Patenschaft Co-op bereits angehört.

Diejenigen Verbandsvereine, die bis anhin in dieser Richtung noch nichts unternommen haben, möchten wir jedoch auffordern, bei dieser Gelegenheit den Beitritt zur Patenschaft Coop zu erklären.

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (V.A.S.K.) Basel

Sitzung der Verwaltung

Die Verwaltung der V. A. S. K. versammelte sich am Samstag, den 20. Februar 1943, nachmittags 3.15 Uhr, unter dem Vorsitz von Herrn J. Dubach, Luzern, im Verwaltungsgebäude des V. S. K. Basel, zur Behandlung der ordentlichen Jahresgeschäfte.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung behandelte die Verwaltung den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz über das Jahr 1942 und genehmigte sie zur Weiterleitung an die Delegiertenversammlung.

Die Entwicklung der V. A. S. K. hat sich auch im abgelaufenen Jahre in zufriedenstellender Weise vollzogen. Auf Ende 1942 verzeichnet die V. A. S. K. einen Versichertenbestand von 4726 Personen mit einer Lohnsumme von Fr. 21,250,727.— in der Alters- und Invalidenversicherung sowie 2770 männliche Personen mit einer Lohnsumme von Fr. 15,713,995.— in der Hinterlassenenversicherung. Ende Dezember 1942 zählte die V. A. S. K. 756 Pensionierte der Alters- und Invalidenversicherung und 283 Pensionierte der Hinterlassenenversicherung.

An Prämien, Eintrittsgeldern sowie Nachzahlungen auf Besoldungserhöhungen sind insgesamt Fr. 3,090,504.75 eingenommen worden. Von den Mitgliedern wurden Fr. 143,969.75 als Selbstbehalt an die vorzeitigen Invalidenpensionen beigesteuert. Die Kapitalzinsen ergaben Fr. 2,320,687.85. An Pensionen, Sterbegeldern und Abfindungen gelangten insgesamt Fr. 2,332,967.10 zur Auszahlung. Seit ihrem Bestehen hat die V. A. S. K. insgesamt Fr. 26,371.007.45 an 1742 Personen für Pensionen und Sterbegelder ausgerichtet.

Nach Vornahme der technisch erforderlichen Erhöhung der Deckungskapitalien ergab die Jahresrechnung einen Einnahmenüberschuss von 214.230.85 Franken. Die Verwaltung hat beschlossen, den Rechnungsüberschuss als weitere Abschreibung auf dem versicherungstechnischen Fehlbetrag zu verwenden.

Die Delegiertenversammlung wurde auf Sonntag, den 11. April 1943, nachmittags 14.15 Uhr, ins Restaurant du Pont in Zürich, anberaumt mit folgender Tagesordnung: Protokoll; Jahresbericht und Jahresrechnung pro 1942; Allfälliges.

Der Jahresbericht und die Jahresrechnung befinden sich nunmehr im Druck und werden nach Fertigstellung den Mitgliedern zugestellt werden.



Arbeitsmarkt

Nachfrage

Konsumverein der Ostschweiz sucht per 1. Mai, eventuell früher, jüngere **tüchtige Verkäuferin** für Lebensmittel, Manufakturwaren, Haushaltartikel und Schuhwaren. Offerten mit Zeugniskopien, Photo und Gehaltsansprüchen erbeten unter Chiffre M. A. 48 an den V. S. K., Basel 2.

Angebot

Selbständiges Ehepaar mit langjähriger Praxis in Konsumverein, besten Zeugnissen und Referenzen, sucht Konsumfiliale zu übernehmen mit Umsatz von ca. Fr. 200,000.—. Offerten erbeten unter Chiffre A. B. 22 an den V. S. K., Basel 2.

Lehrstelle für nette, intelligente 18jährige Tochter in Konsumverein gesucht. Offerten unter Chiffre Z. 5953 Ch. an die Publicitas A.-G. Chur.

16jähriger Welschschweizer sucht Stelle als Volontär in Konsumgenossenschaft der deutschen Schweiz, um sich in der deutschen Sprache zu vervollkommnen. Offerten erbeten an die Coopérative de consommation in Lucens.

Gesucht per 1. Mai 1943 **Verkäuferinlehrtochter.** Mindestalter 17 Jahre. Drei Jahre Sekundarschule wird verlangt. Offerten erbeten unter Chiffre R. G. 26 an den V. S. K., Basel 2.

Man sucht für 16½jährigen Welschschweizer, der bereits während eines Jahres Ladendienst leistete, **Verkäuferlehrstelle** bei Depothalter, mit Kost und Logis und wo Gelegenheit geboten wäre, Deutschstunden zu erhalten. Offerten erbeten an M. Ernest Auer, gérant de la Société coop. de consommation, **Avenches.**

INHALT: *Seite*